

Jahrgang 38 • Heft 4 • 2009

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Hermann Schwengel:
Ein dritter Weg für die Universität
- Stephan Lessenich, Frank Kalter
und Christine Resch:
E-Mail-Debatte: Kann Soziologie kritisieren?
- *Transnationale Vergesellschaftungen.*
35. Kongress der DGS in Frankfurt am Main

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

campus

SOZIOLOGIE

FORUM
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 4 • 2009

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:
Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Dr. Thilo Fehmel, Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,
E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, E-Mail: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,
Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,
E-Mail: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,
Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,
E-Mail: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 06151/16 3467, Fax: 06151/166075.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: <http://www.sozioologie.de>

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktions-
schluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der
Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in
CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2009 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen
der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs
Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der
Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2009

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Auf-
nahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom
und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial419

Soziologie in der Öffentlichkeit

Hermann Schwengel

Ein dritter Weg für die Universität.

Nach großer Revision, großer Krise und Kulturkampf421

Identität und Interdisziplinarität

Stephan Lessenich, Frank Kalter und Christine Resch

E-Mail-Debatte: Kann Soziologie kritisieren?431

DGS-Nachrichten

Transnationale Vergesellschaftungen.

35. Kongress der DGS 2010 in Frankfurt am Main440

Ausschreibung: 36. Kongress der DGS 2012449

Veränderungen in der Mitgliedschaft450

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

Sektion Religionssoziologie452

Sektion Wirtschaftssoziologie457

Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie458

Nachrichten aus der Soziologie

In memoriam Ralf Dahrendorf	465
Preis der Fritz Thyssen Stiftung 2008	476
Habilitationen	482
Call for Papers	483
Professions and professionalism in times of global economic crisis: Changes and continuities • Akteur – Individuum – Subjekt: Fragen zu ›Personalität‹ und ›Sozialität‹ • Vulnerability, Risk and Complexity: Impacts of Global Change on Human Habitats • Der Stellenwert der Professionen in der Gesellschaftstheorie • Improvisation, Spontaneität und Kreativität als Herausforderungen für die Kultursoziologie • Higher education and beyond: Inequalities regarding entrance to higher education and educational credentials	
Tagungen	497
Kommunikationskultur: Theorie und Forschung • Ästhetisierung des Sozialen in Geschichte und Gegenwart am Beispiel der visuellen Kulturen • Education in Adulthood and the Labour Market • Grenzziehungen – Grenzverschiebungen. Feministische Perspektiven auf demographische Behauptungen	
Autorinnen und Autoren	503
Abstracts	504

»Wie erschrak die Gouvernante,
als sie die Gefahr erkannte. ...¹

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich wollte ich dieses Mal darüber schreiben, wie sich die Bundesbildungsministerin zu dem allgemeinen Unmut über die Umsetzung des Bologna-Prozesses positioniert hat. Vor allem wollte ich Erwägungen zu jenem Fortschrittsbegriff anstellen, vor dessen Hintergrund die studentischen Proteste Frau Schavan als »gestrig« erscheinen.

Aber in Wahlzeiten ist das Verfassen von Editorials mit direktem politischem Bezug eine riskante Angelegenheit. Man schreibt vor der Wahl, das Heft erscheint nach der Wahl. Und, wer weiß, vielleicht ändert sich dazwischen der Fortschrittsbegriff.

Also etwas anderes. Die Krise. Wir brauchen Initiativen zur soziologischen Krisenforschung. Ich rede nicht von Kriseninterventionstexten. Rasch gemachte Bände, in denen – wahlweise – die Robustheit des Kapitalismus gefeiert oder seine Hinfälligkeit beschworen wird, gibt es jetzt schon genug. Solche Interventionstexte sind leicht verderbliche Waren. Ist die Krise vorbei, ist auch ihre Aktualität weg. Es liegt darum in der Natur der Sache, dass solche Texte rasch rauskommen müssen. Und das sieht man ihnen dann meist auch an.

Aber wenn auch die Krise geht, die Krisenerfahrung bleibt. Was ist eigentlich passiert?

Die Soziologie sollte genau beobachten und rekonstruieren, wie die Krise beobachtet und interpretiert wurde. Es kann uns nicht (mehr) nur um die Frage gehen, mit welchen früheren Krisen (1929? 1873?) die gegenwärtige zu vergleichen wäre, sondern auch, mit welchen früheren Krisen-

1 ... Ängstlich ruft sie: Oh mon dieu! C'est un homme, fermez les yeux!«

Zitat aus Wilhelm Busch, Tobias Knopp. Teil 1: Abenteuer eines Junggesellen. In ders., Werke. Historisch-kritische Gesamtausgabe, Band 2, hrsgg. von Friedrich Bohne, Hamburg: Standard-Verlag 1959, S. 41. Zur Entwicklung der Bedeutungen des französischen Verbums »gouverner« zwischen machtleiteter und moralgeleiteter Steuerung und Selbststeuerung vgl. Michel Foucault, Geschichte der Gouvernementalität, Band 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2004, S. 181 ff.

erfahrungen sie in den letzten zwei Jahren in praxisnahen Orientierungsdiskursen verglichen wird. Zur möglichst präzisen Beschreibung halte ich es für hilfreich, unterschiedliche Stränge in der Krisenentwicklung zu unterscheiden. Man kann dies wohl auch als Krisenverläufe in unterschiedlichen Institutionen, Feldern, Subsystemen konzipieren. Dann kann man Synchronizität und Asynchronizität dieser Verläufe zueinander in Beziehung setzen und untersuchen, welche Konstellationen als Krisenbeschleuniger und welche als Krisenbremsen wirken. Man kann bei dieser Frage vermutlich sinnvoll auf die vergleichende Forschung zu »Sozialmodellen« aufbauen. Kombiniert man die Frage nach Krisenbeschleunigern/Krisenbremsen und die Frage nach Kriseninterpretation in öffentlichen Diskursen, so kommt man zu Untersuchungen der Interaktion zwischen Krisenverlauf und Krisenrhetorik. Dazu noch zwei knappe Beobachtungen.

Erstens. Es war Weihnachten 2008, die Krise war in aller Munde – und der Konsum wollte und wollte nicht einbrechen! Beinahe vorwurfsvoll konstatierte das Wirtschaftsfeuilleton, die Leute würden ja konsumieren, als gäb's kein Morgen. Ein Fall von Krisenentwicklung ohne breites Krisenbewusstsein. Zweitens. Wir haben das Schlimmste wohl hinter uns, heißt es nun (Ende des Sommers 2009). Allerdings mit dem gewaltigen Schönheitsfehler, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit erst so richtig los geht. Nehmen wir – durchaus theoretisch plausibilisierbar – an, dass die Börse ökonomische Entwicklungen antizipiert, während der Arbeitsmarkt sie nachvollzieht. Wenn sich der öffentliche Krisendiskurs an der Börsenentwicklung orientiert, könnte es sein, dass zeitgleich mit steigender Arbeitslosigkeit das allgemeine Krisenbewusstsein abflaut. Ein ganz anderer Fall von Krisenentwicklung ohne Krisenbewusstsein.

An beiden Fällen kann man sehen: Unterschiedliche Krisenentwicklungen verlaufen asynchron, Krisendiskurse folgen noch einmal einer eigenen Logik und eigensinnigen Sequenzen. Daraus ergeben sich, wie ich vermute, interessante Anschlussfragen.

Ihr

Georg Vobruba

PS.: Bitte beachten Sie die Ausschreibung auf Seite 449.

Ein dritter Weg für die Universität

Nach großer Revision, großer Krise und Kulturkampf

Hermann Schwengel

Der Bildungsstreik dieses Sommers ist, wie einfallsreich in seiner Durchführung im einzelnen, Ausdruck einer Selbstblockade der Kritik. Akteure wie Publikum konnten den Zielen, nämlich eine große gesellschaftliche Bildungsanstrengung zu unternehmen, mit Mehrheit zustimmen, während die Adressaten konkreten alternativen Handelns – von Fachbereichen und Universitäten bis zu Ländern und Europäischer Union – so verschieden blieben, dass am Ende alle und niemand angesprochen wurden. Dabei hat die große Revision der Universitätslandschaft im letzten Jahrzehnt genügend Missvergnügen geschaffen, die sich in Gesellschaft und Mentalitäten fressende Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Vorstellung einer rundum manageriellen Umstülpung der Bildungsverhältnisse entwertet und so tatsächlich Raum für eine echte gesellschaftspolitische Bildungsdebatte geschaffen, wenn nicht unter dem Mythos des Bologna-Prozesses eher ein falscher Kulturkampf stattfände. Die empirische Untersuchung des Bologna-Prozesses wird kaum zur Kenntnis genommen, die kritische Generation verteidigt ihre Biographie mit Zähnen und Klauen, während das Bildungsestablishment die Kritik an sich abtropfen lässt. Dabei könnte man viele praktische Probleme lösen, ohne sofort über Bologna zu reden: Das Gewicht von Nebenfächern ließe sich erhöhen, Prüfungen und Prüfungsdichte entzerren, Studienpläne stärker von Prüfungssystemen entkoppeln, Studienfachwechsel und Notengebung flexibilisieren, Termine und Anwesenheiten nicht mit bürokratischer Kontrolle, sondern in der Interaktion erwachsener Lehrender und Lernender gestalten. Den dreijährigen BA

könnte man qualifiziert und gezielt erweitern, indem Praktika und Auslandsaufenthalte bis zu einem Jahr nicht angerechnet werden, ohne deshalb zum guten alten Magister zurückzukehren, was alle laufenden interessanten Alternativen im MA-Bereich abwürgen würde. Aber der Kulturkampf um Bologna, zu dem sich die Kontrahenten hinreißen lassen, weil sie gesellschaftspolitisch nichts sagen wollen, behindert diesen Pragmatismus. Beide Seiten vertreten halbe Wahrheiten: Während die einen eine Weiter-So-Dynamik pflegen, als ob die Probleme nicht offensichtlich wären, bedienen die anderen die Bequemlichkeit von ProfessorInnen und Fächern, ihre Inhalte nicht überdenken zu müssen. Während die einen von einem Anbieter-Kunden-Verhältnis schwätzen, das es in der Universität nicht geben wird, sind die anderen noch nicht einmal in der Industriegesellschaft angekommen, wenn sie die Universität als Lernfabrik etikettieren, die sie mit einer eher vormodernen Gegenwelt konfrontieren. Inszenieren die einen so eine Humboldtsche Vergangenheit, die es so niemals gegeben hat, breiten sich die anderen in der Welt eines globalisierten Bildungssektors aus, dessen politische und gesellschaftliche Strukturen erst noch professionell und demokratisch zu bestimmen sind. Es ist an der Zeit, nach einem dritten Weg zu suchen, der die Angehörigen der Universität zusammenführt, die den Bologna-Prozess, d.h. die Entstehung eines europäischen Bildungsraumes, politisch bejahen, aber seine Entwicklung als eine permanente Reform der Reform der Reform verstehen. Das ist ein Moratorium in der kulturkämpferischen Rhetorik, aber eine Beschleunigung in der Sache.

In der Politik mag die Zeit des Dritten Weges vorbei sein, für Wissenschaft und Universität beginnt sie erst jetzt. Jahre der großen Revision liegen hinter uns, in der fünf massive Verschiebungen – die Umstellung auf BA- und MA-Programme, neue eher unternehmerische Führungsstrukturen der Universität, eine den Wettbewerb in und zwischen den Universitäten steigernde Exzellenzinitiative, forciertes internationaler Vergleich mit globaler Netzwerkbildung und die Einführung von Studiengebühren in manchen Ländern – das Gesicht der Universität tatsächlich verändert haben, wie es seit den 60er Jahren und dem Einstieg in die Massenuniversität nicht mehr geschehen ist. Es geht dabei um sehr viel mehr als das Programm des Bologna-Prozesses, aber dieser dient als Projektionsfläche, um in der Auseinandersetzung seinen Ort zu bestimmen. Der vermeintlich makellose Wettbewerb, der an keine Gewalt

tenteilung mit anderen Prinzipien wie denen der Kooperation und Tradition, Kollegialität und Zugehörigkeit gebunden zu sein schien, ist erschüttert. Demgegenüber haben die Mitglieder und Historiker der alten Universität vergessen, wie wenig sie in der Lage waren, sich an der frühen Gestaltung der Wissensgesellschaft zu beteiligen oder ihr gar Richtung zu geben – was die Frage provoziert, ob sie bei Anpassung und Gestaltung globaler Interdependenz diese Rolle zu übernehmen fähig sind. Die rohen liberalen Reformer wollten nur die alten Mächte der Universität, die Fakultäten und den Senat entmachten, um neue Führungsprinzipien zu entwickeln, die im Grunde nur vom unternehmerischen Sektor abgeschrieben waren. Das ist genauso wenig nachhaltig wie die Verteidigung von Fakultäts- und Senatsmacht, die sich als Innovationsagenturen kaum hervorgetan haben. So ist jetzt der Moment gekommen, in dem sich die sozialen und liberalen und wertkonservativen Mitglieder der Universität, die dieser Falle zwischen Offensive und Defensive entgehen wollen, Gehör verschaffen. Das ist vor allem im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften von Bedeutung, weil dort der Kooperation und Wettbewerb vermittelnde Geist erzeugt und belebt wird, und die eigenständige Rolle der Universität gegenüber den anderen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen artikuliert wird.

Bei der Berichterstattung zum Bildungsstreik ist kaum hervorgehoben worden, wie sehr daran nicht nur Universitäten und ihre Studierende, sondern auch Schüler und ihre Lehrer beteiligt waren. Hochmütig haben die Angehörigen der Universität manchmal auf die Lehrer geschaut, deren Status- und Legitimationsprobleme sie nicht zu betreffen schienen. Das war natürlich schon immer nicht richtig, aber jetzt ist die Problemlage ihnen tatsächlich gemeinsam. Wenn mehr als zwei Fünftel eines Jahrgangs studieren und – mit skandinavischer Utopie – das auch zwei Drittel werden können, hat der Professor mit dem Studienrat, um nicht zu sagen mit dem Volksschullehrer, sehr viel mehr gemeinsam als sein sublimer Elitismus ihm nahe legt. Aber auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Den Charakter der Wissenschaft souverän zu behaupten heißt, ihn in die Zeit der Vorbereitung auf die Universität, in der Verbindung von Hochschul- und Berufsbildung, vom ersten Tag an im Studium und in der Weiterbildung zu verankern. Das verlangt eine Differenzierung der Hochschultypen weit über die Unterscheidung von dualer

Hochschule, Berufsakademie, Fachhochschule und Universität hinaus. Ein wissenschaftliches Fach behauptet sich nicht allein durch die Kontinuierung der Fachgeschichte und theoretisch-empirische Innovation, sondern auch durch die Logistik seiner Wahrheitsproduktion. Breite problemorientierte Forschung eröffnet erst das Feld, auf dem sich Wissenschaft als Wissenschaft zu definieren hat. Nur dann verschwindet das Studium nicht, wie Jürgen Kaube befürchtet, wenn sich Wissenschaft in dieser langen Reihe bestimmt und nicht ältere Bildungsideale zu konservieren sucht.

Die Dynamik der fünf Verschiebungen

Die Einführung der BA- und MA-Sequenzen, Modularisierung und permanente Evaluation der Studienabläufe hätten im Prinzip zugleich flexiblere und stabilere Studienstrukturen entstehen lassen können. Dass das nicht durchgängig der Fall ist und das innovatorische Potential bei weitem nicht ausgeschöpft wird, liegt zuerst an der viel zu bürokratischen Implementierung, aber auch an der mangelnden Bereitschaft der Fächer, ihre Inhalte zu überdenken, innere Konflikte auszuhalten und neue Verbindungen zu wagen. Es ist richtig, im BA an Fächern festzuhalten, um eine bestimmte Perspektive richtig kennenzulernen. Dann muss aber in der MA-Phase zwischen auf Problem- und Forschungsfelder – nicht Berufsfelder – bezogenen MAs und solchen unterschieden werden, die die fachliche Identität in Richtung eines Ph.D.-Studiums wahren. Im Augenblick wuchert das MA-Angebot in Europa mehr, als dass es wächst, und es wird mehr gestapelt als vermittelt, aber auf diesem Feld spielt die Musik. Wenn man noch in den alten Magisterstrukturen denkt und nur nach BA und MA umetikettiert, wird man zu diesem Bildungsprozess nichts beizutragen haben. Es entstehen dann auch nicht genügend qualitative Forschungskerne, die Interdisziplinarität begrenzt und gezielt festlegen, aber auch neue Verbindungen schaffen. Die Lehre als Grundlage jeder geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung – zumal in Zeiten der Globalisierung – wird nicht ausreichend einbezogen. Am schlimmsten wäre es für diesen Prozess in jedem Fall, den MA-Anteil quantitativ-bürokratisch festzulegen. Das alles hängt nicht an Bologna, die Probleme sind früher entstanden und gehen darauf zurück, dass

zuerst der Übergang zur Massenuniversität der Industriegesellschaft nicht zu Ende gedacht wurde, um dann erst recht nicht die Kraft für den Übergang zur Universität der globalisierten wissensindustriellen Gesellschaften zu haben.

Das alles liegt wesentlich auch an der langjährigen Unterfinanzierung, aber nicht nur an ihr. Quer zu den Fakultäten und Instituten sind nicht genügend eigenständige Entscheidungsebenen mit eigener Finanzausstattung, geleitet von jüngeren WissenschaftlerInnen, entstanden, keine selbstbewusste Schicht in mittleren Alterslagen, die die Gestaltung der Universität als originären Teil ihrer Karriere ansieht. So inszenieren die fachlich und finanziell schlecht ausgestatteten Universitätsleitungen, die durch die Programme der Ministerien, der Wettbewerbe und Forschungsgemeinschaften zusätzlich am Nasenring geführt werden, eine Lenkung, die für die eigene Organisationsentwicklung zu wenig abwirft und höchstens der Politik und der Wirtschaft Wissenspools schafft. Die letzte Exzellenzinitiative prämierte darüber hinaus in den Geistes- und Sozialwissenschaften weniger Innovation als die Fortführung von Denkprogrammen, die ihren Ursprung eher in den späten 80er Jahren des letzten Jahrhunderts als in diesem Jahrzehnt hatten.

Diese Beschreibung reicht schon in die zweite große Verschiebung hinein, die der Veränderung der Führungsstrukturen der Universität. Nachdem die ersten Präsidenten und Rektoren dieser Revision noch mehr oder weniger angelernte Führungspersönlichkeiten mit mehr oder weniger autoritären Neigungen waren, aber mit einem Bein in der alten Universität verblieben, bildet sich zwar allmählich eine Kultur der gesellschaftlichen Führung von Universitäten heraus, die sich von der alten Ordinarien- wie Gruppenuniversität unterscheidet, aber der Prozess ist noch sehr zerbrechlich. Universitäten, die sich, wie die Freie Universität Berlin, mit dem Rücken zur Wand gewöhnt haben, hatten insoweit am Anfang den vermeintlichen Vorteil, den alten Akademischen Senat fast vollständig zu entmachten, während andere dessen alten noblen Status mit allen Mitteln zu bewahren trachteten. Eine transparente Gewaltenteilung zwischen den Institutionen, der quasi-parlamentarischen des Senats, der Aufsichtsratsfunktion der Hochschulräte, der Managementfunktion des Rektorats und dem wissenschaftlichen Co-Management der Fakultäten und Zentren hat noch nirgendwo überzeugende Gestalt

gewonnen. So herrscht wilder Pragmatismus und offener Dezisionismus. Wer wissenschaftlich etwas bewegen will, wird sich weder an die alte noch an die neue Kleiderordnung halten, sondern sich an jede Ebene wenden, die etwas zu verteilen hat, wie immer die Konsequenzen für die Institution als Ganze sein mögen – so die Perspektive von unten. Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat und DFG, Landes- und Bundesministerien, Fach- und Interessenverbände bilden auf Sicht nützliche Ad-hoc-Koalitionen, aber sehr viel weniger strategische Ausrichtungen als nötig – so die Perspektive von oben. Sehr häufig treten dann dezisionistische Typen auf den Plan, die eine Entscheidung damit begründen, dass sie sie getroffen haben. Dem steht dann eine aggressive Opposition gegenüber, die aber über keinen eigenen gemeinsamen Kern verfügt. Wahlen für Führungspositionen in der Universität sollten deshalb nicht mehr allein nach proportionalen Prinzipien getroffen werden, sondern es muss um Personen gehen, die zusammenhängende Entwicklungsprozesse repräsentieren.

Jedenfalls gilt für die nun anstehende zweite qualitative Phase des Exzellenzwettbewerbes, dass – wenn es die finanzwirtschaftliche Lage überhaupt zulässt – die Bildung von Maßstäben für eine zukunftsfähige Universität *selbst* zum Gegenstand des Wettbewerbs werden wird. Niemand hindert die Universität daran, sich nicht nur eifrig an den Exzellenzinitiativen zu beteiligen, sondern die Bildung der Maßstäbe mit Macht mitzubestimmen. Wahrscheinlich wird das erst Exzellenz ausmachen. Niemand hindert sie daran, andere, mehr an Lehre oder gesellschaftlicher Kommunikation orientierte Modelle zu entwickeln, die sich einem öden Exzellenzbegriff entziehen. Es liegt keineswegs auf der Hand, dass die gegenwärtige evaluierende Klasse mit ihren festgelegten Normen in dieser Rolle bleiben muss und die evaluierten Klassen wie Hamster im Mühlrad laufen müssen.

Die Dinge mischen sich inzwischen von selbst ganz ordentlich auf und das wird so weiter gehen. Der nächste Exzellenzwettbewerb also, um es auf den Punkt zu bringen, wird nicht nur darum gehen, wer exzellent ist, sondern was Exzellenz ist. Das ist nicht in erster Linie ein administrativ-managerieller, sondern ein intellektuell-politischer Prozess. Er wird sich auch an der Grenze abspielen, wo die bisherigen Exzellenzuniversitäten auf die treffen, die solche werden wollen, und solche, die dritte Ideen

entwickeln. Jeder wird zu zeigen haben, wie tatsächlich sinnvolle Elemente der alten kollegialen Führung der Universität mit stärker unternehmerischen und wettbewerbsorientierten Verfahren vermittelt werden können. Nicht möglich wird sein, dazu zu schweigen. Die Universität ist kein Unternehmen und keine Verwaltung, obwohl sie vitale unternehmerische und professionelle administrative Verfahren sich sogar noch mehr als bisher zu eigen machen muss, sondern sie ist in erster Linie eine gesellschaftliche Institution. Sie hat mit dem heute zurecht attackierten Finanzsektor gemeinsam, zugleich eine normale Organisation, die im Wettbewerb steht, zu sein, wie eine Führungsrolle für Formate einzunehmen, in denen erst die Zukunft definiert wird. Der Kampf um den Charakter der Universität ist von gleicher Bedeutung wie der Umgang mit der demographischen Krise, Klimawandel und globaler Sicherheit, obwohl ihm nicht das Signum von Leben und Tod auf die Stirn geschrieben ist.

Auch die Internationalisierung von Lehre und Forschung kommt in eine Phase, in der es nicht mehr in erster Linie um den quantitativen Ausbau, das heißt eine möglichst große Zahl von Partnerschaften und eine wuchernde Interdisziplinarität geht, sondern um konzentrierte und konzentrierte Strategien. Dass in den neuen BA-Studiengängen die internationale Orientierung zunächst zurückgegangen ist, kommt einem Skandal gleich, aber nichtsdestotrotz kann dieser vor Ort beseitigt werden, wenn in den Studienplänen mit Mut Platz dafür geschaffen wird oder, wo es nötig ist, über vierjährige Bachelors – allerdings nicht überhaupt und für alle Programme – ohne Scheuklappen nachgedacht wird. Das gilt auch für die Praktika, die nicht den Studienverkürzungsplänen zum Opfer fallen dürfen. Internationalisierung ist selbst noch gar kein Konzept, das über die universalistische Orientierung jeder Wissenschaft hinausginge. Ideenpolitisch kommt es darauf an, dass eine Universität, zumal eine Volluniversität, das Wissen zu Asien, Afrika, Lateinamerika und den globalen Regionen für ähnlich konstitutiv hält wie man das für das romanistische, germanistische und skandinavistische Wissen der alten Universität gehalten hat. Diese Ideenpolitik kann nicht in einzelne Fächer eingesperrt werden, sondern muss in allen systematischen Fächern angesiedelt sein und vor allem für die Verknüpfung von Technik- und Geisteswissenschaften zur Verfügung stehen. Ph.D.-Programme und Post-Doc-Netze sind der beste Ort, um diese innovativen Verbindungen

mit den jungen WissenschaftlerInnen auszuprobieren. Das wird ein langer Prozess sein, der in Berufungen, Studien- und Forschungsprogrammen, in allen Köpfen der Universität seinen Ort finden muss – und er ist in der Tat von Humboldtscher Dimension. Was die vielgelobten *peer evaluations* dafür leisten, mag zu bezweifeln sein. In der Regel stehen das Beharren auf traditionellen Fächern und eine gedankenlose Interdisziplinarität – ethnologisches Allerlei – nebeneinander, ohne dass die Verfahren der herrschenden Wissenschaftsinstitutionen für die Vermittlung ausreichenden Sinn entwickelten.

Was die Einführung von Studiengebühren betrifft, kann man wohl nur von einer Enttäuschung sprechen. Es ist nicht gelungen, die Einführung von Studiengebühren – von denen man gewiss vorher gewusst hat, wie umstritten sie sind und wie viel soziales Kapital in sie fließen müsste – mit einer großen Anstrengung der Gesellschaft zur Bildungsfinanzierung zu verknüpfen. Dass die Studiengebühren tatsächlich zusätzlich zu anderen Anstrengungen eingeführt werden und dass sie tatsächlich in die Lehre fließen, wird noch schwieriger zu demonstrieren sein, wenn sich die Haushaltslagen so verschlechtern, wie es vorauszusehen ist. Wenn in der Haushaltsknappheit weniger die Exzellenzinitiative als die Steigerung der Forschungsförderung in Gefahr ist, was ebenfalls vorherzusehen ist, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit, jede Exzellenzinitiative einer Universität daraufhin zu überprüfen, was sie zur Organisationsentwicklung der Universität im Ganzen beiträgt und nicht nur zum Status der Universität im Wettbewerb der Besten. Der fleischgewordene Mythos, dass es im Kern immer nur um die Förderung der Besten gehe, hat das Denken in institutionellen und organisatorischen Zusammenhängen – manchmal auch das ganze Klima – bereits nachhaltig beschädigt. Es kommt aber immer darauf an, die richtige Mischung von Individuen, Fähigkeiten und Perspektiven herzustellen, damit hervorragende Forschung und funktionierende Institutionen entstehen. Die Zeiten des fetischisierten Wettbewerbsglaubens sind vorbei, allerdings kehren die Zeiten der gemütlichen Gremien auch nicht zurück.

Sozialwissenschaften in der Universität

Man muss nicht die alte Debatte um die zwei oder drei Wissenschaftskulturen der Universität wieder eröffnen, um einzusehen, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften eine zentrale Rolle in der Vermittlung der qualitativen Fragestellungen der fünf großen Revisionen spielen können. Man wird auch nicht bestreiten können, dass sie das bisher noch zu wenig tun. Die Spezialisierung ist zu hoch, die Verknüpfung der okzidentalen Herkunft von Soziologie, Politikwissenschaft, Ethnologie, Anthropologie, Geographie und manch anderen Fächern mit ihrer weltgesellschaftlichen Zukunft ist noch am Anfang. Dass es keine gesellschaftswissenschaftliche Form gibt, in der sich die Widersprüche der Globalisierungstheorien bewegen können, sondern nur transnationale und transkulturelle Übungen, ist ein Symptom. Die Sozialwissenschaften sind auch dafür wichtig, eine Idee von globaler Entwicklung zu formulieren, die den noch dem 19. und 20. Jahrhundert verbundenen Entwicklungsgedanken imperialer oder modernisierungstheoretischer Provenienz endgültig hinter sich lässt. Auch die schon angesprochene technologische Durchdringung der Welt, von der Art und Weise, wie wir wohnen, leben und älter werden bis zu der Art und Weise, wie wir Energie, Lebensmittel und Werkstoffe mobilisieren und mit kulturellen Traditionen vermitteln, gehört dazu. Das alles hat begonnen, wird aber in der organisierten Selbstbeobachtung der Fächer, ihren *rankings* und Ränken wenig reflektiert, was wiederum den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht hilft, ihre Stimme in den Universitäten hörbar zu machen. Obwohl Globalisierung, Krise und öffentliche Debatte es nahe legen, nehmen die Geistes- und Sozialwissenschaften selbst die Herausforderung, ihren Ort in der Weltgesellschaft zu definieren, nicht wirklich an. Vielleicht ist es an der Zeit, nach dem Positivismusstreit und dem Systemstreit einen Globalisierungsstreit auszutragen, der den Begriff der Gesellschaft in der Welt zu bestimmen sucht.

Willy Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung formuliert, dass die Schule der Nation die Schule sei. Das war polemisch gegen die alte Vorstellung zugespitzt, dass die militärische Erfahrung die eigentliche Schule der Nation bilde. Heute gilt – ähnlich polemisch – dass die Universität der Welt die Universität ist. Nicht die wirtschaftlich-medialen Weltdeutungen, nicht die Denkfabriken interessierter Entscheidungsmacher und

nicht die Aggregate von Umfragen sind die Universität der Welt. Das letzte Jahrzehnt war durch einen aggressiven Bildungsdiskurs gekennzeichnet, der vermeinte, die Infrastruktur privater Unternehmen auf die gesellschaftliche Institution Universität übertragen zu können. Dem stand ein defensiver – konservativ oder libertär gefärbter – Traditionalismus gegenüber, der nicht einmal die Anpassung an Massen- und Industriegesellschaft verarbeitet hat. Die Krise ist der Moment der Kritik an beiden Haltungen, der Klärung und der Eröffnung neuer Möglichkeiten. Der anstehende Konflikt um Akkreditierung, Evaluation und Legitimation wissenschaftlicher Unabhängigkeit mag eine Arena für eine neue *universitas* eröffnen. Die Schlachten der Einführung sind geschlagen, was jetzt beginnt, ist der Konflikt um die wissenschaftliche und politische Qualität. Und das ist auch gut so.

E-Mail-Debatte: Kann Soziologie kritisieren?

Stephan Lessenich, Frank Kalter und Christine Resch

- > Lieber Stephan,
- > mir fällt auf, dass die Kritik in die Soziologie zurückkehrt. Sie
- > war nie weg – werden einige jetzt sagen. Und das stimmt ja
- > auch irgendwie. Aber die sozialwissenschaftliche
- > Beschäftigung mit Kritik war in letzter Zeit doch auf recht
- > überschaubare Kreise beschränkt. Gegenwärtig weitet sich,
- > wenn ich recht sehe, das soziologische Interesse an Kritik
- > wieder deutlich aus. Wunder ist das keines, es sind eben so
- > viele Anlässe für Kritik, dass man gar nicht anders kann. Als
- > ein erster Erklärungsversuch liegt dieser Gedanke natürlich
- > nahe. Finanzkrise, Expansion prekärer Lebenslagen,
- > perspektivloses Lavieren bei der Europäischen Integration,
- > Hochschulreform und was nicht noch alles – man muss
- > aufpassen, nicht ins Lamentieren zu geraten. Und damit sind
- > wir schon beim ersten Punkt: Was unterscheidet Kritik von
- > Lamentieren? Die Hochschulreform ist ein Jammer, aber ist
- > Jammern über die Hochschulreform Kritik? Die –
- > sozialpolitisch vermeidbare ! – Ausbreitung prekärer
- > Lebenslagen ist ein Skandal, aber bedeutet Skandalisieren
- > Kritisieren? Falls nicht: Was wäre Kritik? Und von wem
- > müsste sie kommen, um Kritik genannt werden zu können?

- > Damit sind wir beim zweiten Punkt: Kann die Soziologie als
- > Wissenschaft kritisieren? Oder ist sie darauf festgelegt zu
- > beobachten, unter welchen Bedingungen, wie und mit
- > welchen Folgen in der Gesellschaft Kritik geübt wird? Falls
- > ersteres: Woher bezieht die Soziologie Maßstäbe für ihre
- > Kritik? Falls letzteres: Ist sie dann noch kritisch? Wie Du
- > weißt, bin ich nicht neutral, was diese Fragen betrifft. Ich bin
- > eindeutig der Auffassung, dass die Aufgabe der Soziologie
- > nicht im Kritisieren, sondern nur in der Beobachtung von
- > Kritik besteht. Aber ich glaube gleichwohl, dass man auf diese
- > Weise Soziologie in kritischer Absicht betreiben kann.
- > Ich wende mich an Dich in der Hoffnung, dass Du diese
- > Auffassung nicht teilst.

- > Liebe Grüße

- > Georg

- > Lieber Georg,

- > schön von Dir zu hören – und durchaus ungewöhnlich, aus der
- > Profession zu kollegialem Widerspruch aufgefordert zu werden.
- > Aber vielleicht sind wir damit ja schon mitten im bzw. am
- > Problem: Dass es die Soziologie nach Widerspruch verlangt, also
- > danach, zu widersprechen wie auch Widerspruch zu ernten,
- > scheint mir in der Vergangenheit, soweit ich sie selbst als Soziologe
- > erlebt habe, in der Tat alles andere als »normal« gewesen zu sein.
- > Sicher, das Fach hat nie aufgehört, Begleitwissenschaft allfälliger
- > makro- und mikrosozialer Krisen – vom Fordismus bis zur Familie
- > – zu sein, und zum Standard des durchschnittlichen soziologischen
- > Zeitschriftenbeitrags gehörte es wohl, die gesellschaftlichen
- > Effekte krisenhafter Entwicklungen – sei es in Gestalt des
- > Arbeitskraftunternehmers oder des Doppelkarrierehaushalts –
- > pflichtgemäß »kritisch zu reflektieren«. Aber die Zeiten, da sich die
- > Soziologie als soziale Praxis wissenschaftlicher Gesellschaftskritik
- > verstanden und sich als solche öffentlich bemerkbar gemacht
- > hätte, waren bis vor Kurzem seit Langem vorbei.

> Nun sieht es tatsächlich so aus, als würde die verlorene
> Tochter nach Hause zurückkehren. Ob sie aber im väterlichen
> Haushalt mit offenen Armen empfangen wird, dürfte sich erst
> noch weisen. Vieles spricht auf den ersten Blick für die von
> Dir angedeutete Nachfragetheorie der Kritik: die soziale Welt
> vor unseren Augen schreit geradezu nach Kritik, zu kritisieren
> gäbe und gibt es ganz offenkundig mehr als genug, darunter
> auch genügend (noch) Grundsätzlicheres als die von Dir
> aufgelisteten Phänomene (und das ganz ohne den schweren
> Hammer vom »Hunger in der Dritten Welt« schwingen zu
> müssen). Das Angebot der Soziologie in Sachen
> Gesellschaftskritik hinkt dieser Nachfrage jedoch ebenso
> offensichtlich hinterher. In dieser Behauptung liegt eine erste
> Antwort auf Deine Fragen – eine Antwort, die nicht zufällig
> Deine Hoffnung auf Dissens erfüllt: Kritik an den
> »gesellschaftlichen Verhältnissen« kann nicht nur, sie sollte
> und müsste meines Erachtens sogar von der Soziologie als
> Wissenschaft kommen.

> Nichts gegen eine Soziologie der Kritik, die »die Leute« in
> ihrer kritischen Alltagspraxis beobachtet, ihnen darüber
> hinaus vielleicht sogar eine Stimme gibt. Nicht, dass man auf
> diese Weise nicht Soziologie in kritischer Absicht betreiben
> könnte. Aber eine »kritische Soziologie« müsste meines
> Erachtens mehr leisten als eine derartige Absichtserklärung,
> sie müsste mehr sein als eine wissenschaftliche
> Dauerbeobachtung lebenspraktischer (Sozial- oder Künstler-)
> Kritik. Sie müsste die Kritik »der Leute« auch transzendieren
> (können), indem sie das Ist am Soll, das Seiende am Sein-
> Sollenden misst: Sei es, dass sie die Strukturbildungen der (um
> beim wenn nicht Guten, so doch Naheliegenden zu bleiben)
> demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften an deren
> politischen Selbstbeschreibungen (der »Offenheit«,
> »Freiheitlichkeit«, »Leistungsgerechtigkeit«,
> »Chancengleichheit« usw. usf.) misst – oder dass sie gar so
> (wahlweise) naiv, dreist oder absolutistisch ist,
> sozialtheoretische Wertmaßstäbe (sagen wir zum Beispiel: der

- > bedingungslosen Teilhabe eines jeden Subjekts am
- > gesellschaftlichen Wertprodukt) an die real existierenden
- > Spielarten des »Wohlfahrtskapitalismus« anzulegen.
- > Ich belasse es fürs Erste dabei in dem Wissen, dass Du diese
- > Auffassung nicht teilst – und damit in der Soziologie nicht
- > alleine stehst.

- > Liebe Grüße zurück,

- > Stephan

- > Lieber Frank,

- > es wäre mir ja durchaus recht, wenn Stephan Lessenich recht
- > hätte. Die Welt ist tatsächlich voller Ärgernisse und
- > kritikwürdiger Zustände. Und ich bin auch sehr dafür, dass
- > man sich kritisch zu Wort meldet – jede und jeder so gut er
- > eben kann. Aber ich sehe nicht, wie sich Kritik so anlegen
- > lässt, dass man dabei nicht aus der Wissenschaftlerrolle fällt.
- > Denn woher sollten die Kriterien für eine Kritik kommen, die
- > man legitimer Weise wissenschaftliche Kritik nennen könnte?
- > Präziser: Ich sehe in der Moderne keine Möglichkeit,
- > allgemein verbindliche Soll-Standards zu entwickeln, an denen
- > sich die gesellschaftliche Realität messen lassen muss. In
- > meinen Augen bleibt nur die Wahl: Entweder man
- > konzentriert sich auf soziologische Beobachtung der real in
- > der Gesellschaft stattfindenden Kritik. Dann betreibt man
- > aber nicht soziologische Kritik, sondern Soziologie der Kritik.
- > Oder man riskiert kritische Interventionen. Das aber heißt,
- > man ersetzt Analyse durch Engagement. Oder?

- > Herzlichen Gruß,

- > Georg

- > Lieber Georg,
- > nett von Dir, dass Du mich an diesem Gedankenaustausch
> teilhaben lässt. Ich fürchte nur, ich weiß nicht recht, was ich
> dazu bemerken soll. Soweit ich das Ganze oben verstehe,
> habe ich stark den Eindruck, dass zu dem Thema eigentlich
> seit 40 Jahren alles Wesentliche gesagt ist. Und zwar von
> erheblich kompetenterer Seite als von mir. Ich fühle mich
> etwas unwohl dabei, die entsprechenden Argumente nun vor
> dem Hintergrund neuerer Phänomene und mit neueren
> Vokabeln noch einmal zu rekonstruieren. Nur ganz kurz, und
> nur um anzudeuten, wie ich das meine: Geht es um, wie Du es
> nennst, »verbindliche Soll-Standards«, so landen wir beim
> Begründungsproblem, und damit – wie hinreichend gut
> argumentiert wurde – vorherrschend im Dogmatismus. Die
> Alternative ist jedoch natürlich nicht allein der bloße Rückzug
> auf die Beschäftigung mit dem Kritisieren, das heißt die
> »Soziologie der Kritik«, wie Du es nennst. Der zentrale
> Gegenstand einer Kritik sind doch die (wissenschaftlichen
> oder alltagswissenschaftlichen) Thesen bzw. Theorien (und
> die daraus resultierenden Sozialtechnologien) darüber, unter
> welchen Randbedingungen und über welche Mechanismen
> sich bestimmte (übrigens gar nicht so selten mehr oder
> weniger konsensuelle) Soll-Standards realisieren lassen. Hier
> ist sie nicht nur angebracht, sondern alternativlose
> wissenschaftliche Methode. Gestützt auf Logik und
> angemessene Empirie. Das fehlt mir in Deinen Bemerkungen,
> und wenn Stephan Lessenich das im Endeffekt so meint,
> stimme ich ihm gerne zu. Hier ist die Soziologie gefragt,
> vielleicht sogar wirklich wieder ein bisschen stärker denn je.
> Ein kleines Problem hat sie nur damit, wie sie die zugrunde
> liegenden Standards in den öffentlichen Diskursen vermitteln
> kann – aber das ist ein anderes Problem.
- > Löst sich das nicht letztlich alles so einfach auf?
- > Schöne Grüße,
- > Frank

- > Liebe Frau Resch,
- > auf den ersten Blick ist erstaunlich, wie selbstverständlich
- > Kritik als Kompetenz der Soziologie in Anspruch genommen
- > wird. Ich bin da immer noch skeptisch. Kritik halte ich nur
- > um den Preis, aus der Wissenschaftlerrolle zu fallen, für
- > möglich. In einer Terminologie, die mir lieber ist: wenn man
- > aus der Perspektive der Beobachtung zweiter Ordnung in die
- > erster Ordnung wechselt.
- > Aber vielleicht löst sich die Zustimmung zur Kritikkompetenz
- > der Soziologie auf, sobald man konkretisiert, was mit Kritik
- > gemeint ist. Wenn ich die bisherigen Wortmeldungen richtig
- > verstanden habe, bedeutet für Frank Kalter soziologische
- > Kritik die Auseinandersetzung um soziologisches Wissen, das
- > zum Zweck des bestmöglichen Erreichens von
- > vorausgesetzten Zielen dient. Hier ist von Kritik der
- > Soziologie die Rede – und zwar in beiderlei Sinn. Stephan
- > Lessenich dagegen nimmt für die Soziologie in Anspruch,
- > Maßstäbe zu rekonstruieren oder auch zu formulieren, an
- > denen die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch gemessen
- > werden können. Das liegt näher an Gesellschaftskritik. Die
- > Positionen von Kalter und Lessenich treffen sich dann, wenn
- > Sollvorstellungen von Kritik tatsächlich (das heißt: empirisch)
- > allgemein, also: von der kritischen Wissenschaft und den
- > Leuten, geteilt werden.
- > – Aber ist nicht genau in einer solchen Konstellation das
- > kritisierende Auftreten der Soziologie in der Gesellschaft
- > überflüssig?
- > Herzlichen Gruß,
- > Georg Vobruba

- > Lieber Herr Vobruba,
- > die Einladung, bei diesem Thema mitzudenken, freut mich
- > sehr. Lassen Sie mich mit einer Gegenfrage anfangen. Ist es
- > nicht ein unwahrscheinliches, genau genommen historisch nie
- > eingetretenes Ereignis, dass es über die »Sollvorstellungen«,
- > wie eine Gesellschaft eingerichtet sein müsste, um allen ein
- > möglichst gutes Leben zu ermöglichen, einen von »den
- > Leuten« geteilten Konsens jenseits der Sonntagsreden gibt?
- > An »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« als
- > Selbstverständlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft kann man
- > das veranschaulichen: Josef Ackermann und andere Leute
- > seines Kalibers werden nicht anstehen, diesen »Wert«
- > hochzuhalten. Das hindert sie nicht daran, frei, gleich und
- > brüderlich ein Jahreseinkommen zu kassieren, das das
- > Lebenseinkommen der meisten übersteigt, und im Effekt, um
- > die Formulierung von Herrn Lessenich aufzugreifen, die
- > »bedingungslose Teilhabe eines jeden Subjekts am
- > gesellschaftlichen Wertprodukt« (strukturell) zu erschweren.
- > Für soziale Bewegungen von der Arbeiter- bis zur
- > Frauenbewegung war das ein Aufhänger, um die Realität (etwa
- > nur des vorenthaltenen Wahlrechts) an den selbst
- > proklamierten Ansprüchen der Gesellschaft zu messen und zu
- > kritisieren. Für eine Soziologie der Kritik wäre das ein
- > Gegenstand für »Meta-Kritik«. Was aber, wenn diese
- > gesellschaftliche Kritik ausbleibt? Was, wenn umgekehrt die
- > Gazetten, das Fernsehen und die Ansprachen der
- > Bundespräsidenten voll von Hinweisen auf unhaltbare
- > Zustände in der Welt, voll von Skandalisierungen und bitteren
- > Anklagen sind, aber sich alle nur resigniert abwenden oder
- > sich durch rituelle Handlungen wie Spenden und Mülltrennen
- > freikaufen? In beiden Fällen wäre (ist?) Soziologie überflüssig.
- > Eine kritische Sozialwissenschaft expliziert unabhängig von
- > gesellschaftlich artikulierter Kritik die Widersprüche und
- > uneingelösten Versprechen. Sie kann das als reflexive
- > Wissenschaft im Verständnis von Kant, Hegel, Marx und
- > Adorno als Analyse der Bedingung der Möglichkeit einer

- > Erscheinung. Die gesellschaftlichen Zustände, um die es geht,
- > sind herrschaftlich geprägt. Das Zentrum von kritischer
- > Gesellschaftstheorie ist daher die Analyse von Herrschaft.
- > Schon unsere Begriffe sind herrschaftlich überformt und
- > daher nicht für eine »neutrale« Beschreibung von Gesellschaft
- > brauchbar, sondern nur reflexiv verwendbar. Wenn die
- > Verpflichtung von kritischer Theorie auf Emanzipation
- > (negativ bestimmt als Herrschaftskritik), die Gleichsetzung
- > von kritischer mit Befreiungstheorie als normative Grundlage
- > zu verstehen ist, würde ich zustimmen. Darüber hinaus aber
- > braucht eine reflexive Wissenschaft keine Maßstäbe, weil es
- > nicht ihre Aufgabe ist, die »befreite Gesellschaft« inhaltlich zu
- > bestimmen. Kritik betreiben heißt, die Momente von
- > Herrschaft zu identifizieren und zu analysieren, die in
- > einzelnen Situationen über verschiedene Institutionen bis zur
- > Produktionsweise wirksam werden.

> Mit den besten Grüßen und Wünschen

> Christine Resch

> Liebe Frau Resch, lieber Frank, lieber Stephan,

> herzlichen Dank.

- > Der Hauptpunkt der Diskussion scheint mir zu sein: Hat die
- > Soziologie ihre Kritik auf die Gesellschaft zu richten oder an
- > sich selbst zu adressieren? Kalter und Resch divergieren erst
- > einmal in einer empirischen Frage, in der Einschätzung der
- > kritischen Orientierung der Leute. Dies zeigt zugleich
- > Übereinstimmung in dem entscheidenden Punkt, dass man
- > um den Rekurs auf die Empirie der Kritik der Leute nicht
- > herum kommt. Eine weitere Übereinstimmung zwischen
- > ihnen besteht darin, Kritik auf die Praxis der soziologischen
- > Forschung zu beziehen – allerdings in sehr unterschiedlichem
- > Sinn: Kalter versteht Kritik als Kritik an der Praxis schlecht
- > gemachter soziologischer Forschung; Resch versteht Kritik als

-
- > Kritik an unbedachtem Begriffsgebrauch, sozusagen als
 - > reflexiv gewendete Ideologiekritik. Lessenich tendiert zu der
 - > (wie ich glaube) riskanteren Position, als Soziologe selbst
 - > Gesellschaftskritiker zu sein. Das ist unproblematisch, wenn
 - > man zu der Ansicht von Kalter neigt, dass in der Gesellschaft
 - > kritische Maßstäbe tatsächlich breit verankert sind. Diese
 - > Position wird aber schwierig, wenn man mit seinen Maßstäben
 - > und seiner Kritik in der Gesellschaft einsam bleibt und
 - > dennoch überzeugt ist, Recht zu haben. Ist das nicht das
 - > Urproblem der Kritischen Theorie und all ihrer Derivate?

 - > Herzlichen Gruß aus Leipzig

 - > Georg Vobruba

Transnationale Vergesellschaftungen

Themenpapier zum 35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main, 11. bis 15. Oktober 2010

Im Oktober 2010 begeht die Deutsche Gesellschaft für Soziologie ihren einhundertjährigen Jubiläumskongress. Die Gründung einer entsprechenden *deutschen* soziologischen Gesellschaft, die bereits 1909 in Berlin erfolgte, muss den dabei Beteiligten in dieser Zeit der Nationalstaaten mit ihren Volkswirtschaften offenbar zeitgemäß erschienen sein. Allerdings wusste man bereits im frühen 19. Jahrhundert um die Paradoxie des Gegenstands der Soziologie. Denn die bürgerliche Gesellschaft war einerseits in den mehr oder weniger absolutistischen westeuropäischen Staaten entstanden, weshalb man von der französischen, englischen oder deutschen Gesellschaft sprechen und dementsprechend nationale Gesellschaften für Soziologie gründen konnte. Andererseits war klar, dass diese Gesellschaft potentiell Weltgesellschaft war, weil sie die staatlichen Grenzen in Handel und Verkehr von Anfang an überschritt. Für Hegel war das Meer »das Naturelement der Industrie, zu dem die bürgerliche Gesellschaft hinstreben« musste. Und hatte nicht Ferdinand Tönnies, der Mitbegründer und erste Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, schon 1887 darauf hingewiesen, dass »die Ausbildung nationaler Staaten nur eine vorläufige Beschränkung der schrankenlosen Gesellschaft« darstelle?

Heute beruht die »Weltgesellschaft« auf verschiedenen transnationalen Ordnungen wie der globalisierten Wirtschaft, Technik und Wissenschaft sowie einer globalen Öffentlichkeit bzw. einer sich bereits in Umrissen abzeichnenden globalen Zivilgesellschaft. Zwar gibt es nach wie vor Nationalstaaten mit ihren jeweiligen »Volkswirtschaften«. Als globale Akteure haben sie in einer »postnationalen Konstellation« jedoch an Bedeutung verloren. Die zeitgenössische Soziologie hat diese Entwicklung aufgegriffen und im Zuge der Globalisierungsdebatte versucht, ihr sowohl in grundbegrifflicher als auch in methodologischer Hinsicht Rechnung zu tragen. Wie weit sie in ihrem Bemühen gekommen ist, ihre eigenen theoretischen Grundlagen, Begriffe und Methoden auf die Transnationalität des Sozialen auszurichten, soll auf dem 35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main verhandelt werden. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob es weiterhin sinnvoll ist, zwischen regionalen bzw.

nationalen Varianten wie der deutschen, französischen, europäischen und amerikanischen Soziologie zu unterscheiden. Zwar hatten gerade diese verschiedenen nationalen Traditionen der Soziologie im 19. und 20. Jahrhundert weltweit eine erhebliche Bedeutung gehabt. Ob die Gegenwartssoziologie aber auch heute noch entsprechend nationalstaatlich ausbuchstabiert werden kann, ist keineswegs ausgemacht.

Mit dieser theoriegeschichtlichen Selbstreflexion knüpft die Deutsche Gesellschaft für Soziologie thematisch an ihre Ursprünge an, indem sie das Spannungsverhältnis zwischen regionaler, nationaler und globaler Identitätsbildung in den Mittelpunkt ihres Jubiläumskongresses rückt. Gesellschaftstheoretische Fragestellungen sind damit ebenso verbunden wie die Ausrichtung der diversen soziologischen Bestandsaufnahmen und Zeitdiagnosen auf verschiedene transnationale Formen der Vergesellschaftung, die zum Teil in einem konfliktreichen Verhältnis zueinander stehen und die insofern überhaupt erst den Raum dessen ausloten, wofür der bereits von Tönnies gebrauchte Begriff der Weltgesellschaft steht bzw. stehen könnte.

Die gegenwärtig zu beobachtenden Globalisierungsprozesse vollziehen sich zum einen im Rahmen eines spannungsreichen Verhältnisses von Globalität und Lokalität, das paradoxerweise auch den Raum für eine entsprechende Aufwertung lokaler Besonderheiten geöffnet hat. Zum anderen vollziehen sie sich in einem Spannungsverhältnis von Diffusität und Geordnetheit, das die Entwicklung verschiedener transnationaler Ordnungen im Bereich der Wirtschaft und der Politik begünstigt. Ein entsprechendes »Regieren« jenseits der Nationalstaaten ist dabei darauf angewiesen, nicht nur die einzelnen Staaten, sondern auch die weltweit agierenden Unternehmen und Banken, supranationalen Verbände sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen einzubeziehen. Solche transnationalen Formen der Vergesellschaftung schließen das Entstehen abstrakter Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten ebenso wenig aus wie den Rekurs auf partikularistische Identitätsbildungen. Das Verhältnis von räumlicher und zeitlicher Verortung wird neu gewichtet. »Heimat« und »Welt«, Nahsicht und Fernsicht avancieren zu gleichrangigen Bezugspunkten der Selbstdefinition und eröffnen somit Chancen für neue Solidaritätsstiftungen und »posttraditionale« Vergemeinschaftungen.

Transnationalisierungsprozesse stellen insofern traditionelle binäre Unterscheidungen in Frage. Nicht das »Entweder-oder«, sondern das »Sowohl-als-auch« ist für sie charakteristisch. Sie finden in einem Zwischenraum jenseits einzelstaatlicher Zugehörigkeiten statt, der als Experi-

mentierfeld der Moderne zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dabei steht heute nicht mehr die räumliche Nähe des großstädtischen Zusammenlebens im Vordergrund, sondern die Möglichkeit, soziale Beziehungen in immer größer werdenden geographischen Räumen auszubilden und auf Dauer zu stellen. Entsprechend bleiben auch im Rahmen der transnationalen Migration die Auswanderungs- und Ankunftsorte miteinander verbunden und wirken wechselseitig aufeinander ein. Es handelt sich insofern nicht um einen einmaligen, nur in eine Richtung verlaufenden Ortswechsel, sondern um die Entstehung von transnationalen Gemeinschaften und sozialen »Räumen«, die *beide* Orte miteinander verbinden und zu verändern beginnen. Folgende Themenfelder strukturieren den Kongress:

1. Soziale Ungleichheit im Spannungsfeld von Nationalstaatlichkeit und Transnationalität

Zeitgenössische Gesellschaften sind zunehmend kulturell und sozial divers. Prozesse sozialer und räumlicher Mobilität innerhalb einzelner Gesellschaften, aber vor allem zwischen Nationen und Regionen führen weltweit zu einer permanenten Veränderung der sozialen Zusammensetzung aller Gesellschaften. Nicht zuletzt für die demokratischen Nationalgesellschaften der westlichen Welt ist die Erfahrung substantieller, sich kreuzender und interagierender Spielarten der Diversität neu. Der Prozess der Nationenbildung gestaltete sich als ein Prozess der Zentralisierung, Harmonisierung und Standardisierung in Richtung einer klar definierten kulturellen, sprachlichen und sozialen Norm. Soziale Ungleichheit definierte sich in diesen Kontexten in der Regel als eine vertikale Schichtung oder Klassenbildung entlang der Trias von Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung, die sich als meritokratisch und leistungsgerecht normativ begründen konnte, auch wenn horizontale Verteilungsmuster (entlang der Dimensionen Geschlecht, Alter, Peripherie – Zentrum etc.) in der klassischen nationalstaatlichen Konfiguration immer ein Rolle spielten. Fluchtbewegungen, Dekolonialisierung und Arbeitskräftemangel haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und später nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten umfangreiche Migrationen generiert, die langfristig von Dauer sein werden und zu einer zunehmenden globalen Entgrenzung führen. Im 21. Jahrhundert stellt sich die Frage nach sozialen Ungleichheitsstrukturen völlig anders. Auch ist die soziale Position

einer Person oder Gruppe nicht länger ausschließlich nationalstaatlich zu bestimmen, da Position im Nationalstaat und in transnationalen Räumen (bzw. Herkunftsland und Arbeits- und Wohnort) selten deckungsgleich sind. Auch aus der Perspektive sozialstaatlicher Politiken und der Herstellung von Wohlfahrt greift der nationalstaatliche Blickwinkel zu kurz. Folgende Fragen ergeben sich daraus: Sind soziale Ungleichheitsstrukturen in der transnationalen Welt zunehmend individualisiert oder bilden sich in ihnen neue Gruppen und Kollektive heraus? Wie sind die Prozesse der Inklusion und Exklusion beschaffen, die der Herausbildung von sozialer Ungleichheit Vorschub leisten? Wie lassen sich in einem transnationalen Kontext Aussagen über Prekarität bzw. prekäre Lebenslagen machen? Welche Distinktionskriterien sind strukturbildend und wie und von wem wird ihre Anwendung normativ legitimiert? Welche sozialpolitischen Steuerungssysteme werden der Transnationalisierung des sozialen Raums gerecht? Wie definieren sich Rechte und Pflichten, Zugang zu *Citizenship* und staatsbürgerlichen Teilhaberechten innerhalb transnationaler Sozialordnungen? In welchem Verhältnis stehen die noch immer dominanten nationalen Wohlfahrtsregime zu Ansätzen einer europäischen Sozialpolitik einerseits sowie den sich entwickelnden globalen Sozial- und Ungleichheitsordnungen andererseits?

2. *Globale ökonomische Vernetzungen und ihre regionalen und nationalstaatlichen Auswirkungen*

War noch für Max Weber der industrielle Kapitalismus jene Schicksalsmacht, die einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung der modernen Welt ausübt, so sind es heute die aus dem Ruder geratenen internationalen Finanzmärkte, welche diesen zweifelhaften Ruf genießen. Die jüngste Bankenkrise hat längst die sogenannte »Realwirtschaft« erreicht und 2009 weltweit zu einer bemerkenswerten Rezession geführt. Entsprechende öffentliche Konjunkturprogramme, die Teilverstaatlichung des Bankensystems und die Einführung neuer rechtlicher Regularien für die Finanzaufsicht haben vorübergehend zu einem Bedeutungszuwachs der einzelnen Staaten gegenüber den Märkten geführt, der allerdings vor dem Hintergrund der dramatisch steigenden Staatsschulden gesehen werden muss. Die Krise des Sozial- und Steuerstaates wird dabei durch eine weit gefährlichere Wirtschaftskrise überlagert, deren Ausgang auch einschneidende Auswirkungen auf die staatlichen Handlungs- und Entscheidungsmöglich-

keiten haben wird. Ob kapitalbasierte Altersversicherungssysteme dabei als möglicher Ausweg aus der Krise des modernen Wohlfahrtsstaates angesehen werden können, hängt offensichtlich davon ab, ob es gelingen wird, den Finanzsektor zu stabilisieren und die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen. Welche Konsequenzen dies für die Weltwirtschaft und den ungehinderten Fluss der globalen Finanzströme hat, ist gegenwärtig ebenso offen wie die Frage, ob es den einzelnen Staaten und Staatenverbänden gelingen wird, jenseits nationaler Partikularismen globale Lösungen für die anstehenden weltwirtschaftlichen Probleme zu finden. Die durch unterschiedliche Pfadabhängigkeiten begünstigte Entstehung von verschiedenen Varianten des Kapitalismus stellt dabei eine Chance dar, das Verhältnis zwischen »Markt« und »Staat« neu auszubuchstabieren und entsprechende transnationale Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Die weltweite Diffusion von Technologien, Bildungskonzeptionen, Standardisierungen und entsprechenden rechtlichen Regularien muss dabei vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Widerständigkeit nichtwestlicher Kulturen gegenüber dem Anpassungsdruck der globalen Marktvergesellschaftung gesehen werden, die auch zu einer zunehmenden Diversität der auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise reagierenden Problemlösungsstrategien führen wird.

3. Staatenübergreifende normative Ordnungen

Die Herausbildung transnationaler Ordnungen und damit einhergehender Verrechtlichungsformen der zwischenstaatlichen Beziehungen findet heute sowohl im EU-Raum als auch in der internationalen Staatengemeinschaft statt. Am Beispiel der Europäischen Union kann dieses Spannungsverhältnis von Lokalität (Stadt, Region, Nation) und Globalität (der Kontinent als Teil einer Weltordnung) besonders gut verdeutlicht werden. Die Europäische Union ist einerseits mehr als eine internationale Organisation, denn sie greift unmittelbar in die Ordnungen ihrer Mitgliedsstaaten ein. Andererseits ist sie weniger als ein Staat. Dass Souveränität geteilt, aber nicht auf eine höhere Ebene übertragen wird, macht die Europäische Union zu einem eigentümlichen Konstrukt, das sich am besten als »Netzwerk« verstehen lässt. Die Herausbildung transnationaler normativer Ordnungen ist aber nicht auf den EU-Raum beschränkt, sondern hat inzwischen globale Ausmaße angenommen. Seit der im 17. Jahrhundert beginnenden Entwicklung des Völkerrechts und der Ende des 18. Jahrhunderts erfolg-

ten Proklamation der Menschenrechte haben verschiedene Phasen einer zunehmenden Verrechtlichung der Beziehungen zwischen den Staaten stattgefunden, die zum Teil auf Zwang, zum Teil aber auch auf einer friedlichen Diffusion entsprechender Rechtsnormen beruhen. Das dadurch bedingte Spannungsverhältnis zu den einzelnen nationalstaatlichen Rechts-traditionen muss dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Bedeutung der Rechtschöpfung durch transnationale Organisationen, an der neben den Staaten auch private Akteure beteiligt sind. Die Vision einer »globalen Konstitutionalisierung ohne Staat« kann dabei als Versuch einer Überwindung der Staatszentrierung des modernen Verfassungsbegriffs trotz des Fortbestandes von segmentären Differenzierungen der Weltgesellschaft in Form von Nationalstaaten verstanden werden.

4. Transnationale Neuformierungen der Geschlechterverhältnisse

Im Zuge von Transnationalisierungsprozessen verändern sich Rechts- und Kommunikationssysteme, Wissensformen und Lebensweisen von Menschen. Damit geht die Frage einher, ob und wenn ja, wie sich diese Entwicklungen auch auf eine der wichtigsten gesellschaftlichen Ordnungskategorien, das Geschlechterverhältnis, auswirken. In welcher Weise sind Asymmetrien im Geschlechterarrangement, etwa in Bezug auf die Bereiche Arbeit, Familie, Bildung, Sexualität etc. von Transnationalisierung betroffen? Oder umgekehrt: Gibt es möglicherweise soziale Felder, in denen »Geschlecht« die entscheidende Kategorie transnationaler Umstrukturierungsprozesse ist? Dabei ist bislang keineswegs geklärt, ob die zu konstatierenden Entwicklungen zu mehr Geschlechtergleichheit oder zur Retrationalisierung von Geschlechterverhältnissen führen. Die im Rahmen der EU-Politiken entworfenen Programme und Richtlinien, welche die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel haben (z.B. Gender-Mainstreaming, Work-Life-Balance und Antidiskriminierung), haben auf den ersten Blick zwar rhetorische Veränderungen bewirkt. Allerdings zeigt sich, dass in vielen Mitgliedsländern der »Gender-Pay-Gap« in den vergangenen Jahren größer statt kleiner geworden ist. Es lassen sich zahlreiche Beispiele für widersprüchliche Entwicklungen und Folgen transnationaler Einflüsse auf das Geschlechterverhältnis aufzeigen (transnationale Familienräume; geschlechtsspezifisch geprägte transnationale Bildungsmärkte, Individualisierung von Arbeits- und Unterhaltsrechten, Transnationalisierung von Sorge- und Fürsorgearbeit etc.). Offensichtlich geht es nicht nur

um den Wandel und die Beharrlichkeit von Geschlechteridentitäten und -arrangements, sondern auch um normative Verschiebungen und Verflüssigungen in der Bewertung dieser Veränderungen. Mit der Transnationalisierung geraten auch Differenzen innerhalb einer Genus-Gruppe stärker in den Blick, womit Aspekte intersektoraler Ungleichheitsverflechtungen angesprochen sind. Im Bereich der (medialen Darstellungsform von) Sexualität lassen sich einerseits Verflüssigungen von Heteronormativität erkennen, andererseits auch genau das Gegenteil, nämlich deren Verfestigung und Naturalisierung mit Hilfe neuer Technologien. Insofern muss das gesamte Spannungsfeld der Geschlechterordnung im politischen, sozialen und kulturellen Bereich aus der Perspektive der Transnationalisierung hinterfragt werden.

5. Neue Identitätsbildungen in transnationalen Vergesellschaftungen

Regionale, nationale und transnationale Identitätsbildungen und Vergesellschaftungsformen finden heute in einem Spannungsverhältnis von Globalität und Lokalität statt. Aufgrund der durch die Globalisierung bewirkten ethnischen Umschichtungen, der Bevölkerungsverdichtung in den Metropolen sowie der zeitbedingten Veränderung der privaten Lebensformen gerät das menschliche Zusammenleben unter einen enormen Anpassungsdruck. Ein zunehmendes soziales und bürgerschaftliches Engagement für thematisch begrenzte Problemstellungen ist ebenso zu verzeichnen wie ein allgemeiner Verbindlichkeitsschwund. Es handelt sich hierbei offensichtlich um Phänomene, die auf entsprechende Verschiebungen im Verhältnis von privater und beruflicher Sphäre hinweisen und das industriegesellschaftliche Gleichgewicht zwischen Arbeit, Freizeit und privater Lebensführung hinter sich lassen. Die durch die wirtschaftliche und massenmediale Globalisierung bedingte weltweite Angleichung der Konsumgewohnheiten und Lebensstile ist dabei nur die Kehrseite einer Entwicklung, die zugleich zu unterschiedlichen Varianten des Umgangs mit dem durch das moderne Leben ausgeübten Anpassungsdruck geführt hat. Angesichts der wachsenden Bedeutung digitaler und elektronischer Kommunikationsformen ermöglicht nicht zuletzt das Internet neue Formen der sozialen Beziehung jenseits von räumlichen Grenzen und Zugehörigkeitsgefühlen. Die Frage, ob komplexe Gesellschaften überhaupt Gemeinschaftsvorstellungen beziehungsweise ein konsistentes Selbstbild entwickeln können, muss deshalb vor dem Hintergrund der Lockerung der

Verbundenheit mit der jeweiligen Heimat und der Entstehung multipler Identitäten in den Metropolen reformuliert und jenseits nationalstaatlicher Zugehörigkeitszwänge neu beantwortet werden.

6. Die Permanenz der Krise und die Notwendigkeit einer soziologischen Zeitdiagnose

Für den Jubiläumskongress bietet sich eine Vielzahl von Bezügen an, um die Kompetenz unseres Faches bei der theoretischen und empirischen Analyse dieser transnationalen Formen der Vergesellschaftung unter Beweis zu stellen. Diese beinhalten nicht zuletzt auch einen kritischen Rekurs auf die eigene Fachgeschichte. Denn die Soziologie hat sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder mit krisenhaften Erscheinungen der Gegenwartsgesellschaft auseinandergesetzt. Als »Krisenwissenschaft« par excellence ist sie seit ihren Ursprüngen mit der Fragilität ihres Untersuchungsgegenstandes – nämlich der modernen Gesellschaft – untrennbar verbunden. Ihre eigene Fachgeschichte bietet insofern selbst ein reiches Anschauungsmaterial für die theoretische und empirische Analyse von gesellschaftlichen Extremzuständen. Allerdings sollte daraus nicht vorschnell die Schlussfolgerung gezogen werden, dass bereits heute so etwas wie eine »Bilanz der Soziologie« vorgenommen werden könnte. Angesichts der Sachlage sollte man vielmehr von dem Bonmot Max Webers ausgehen, dass sich die »historischen Kulturwissenschaften«, zu denen er später auch seine eigene verstehende Soziologie zählte, immer wieder dem Wandel der »großen Kulturprobleme« zu stellen haben, was ihnen zugleich die für sie typische intellektuelle Eigenschaft der »ewigen Jugendlichkeit« garantieren würde. Insofern ist die seit ihren Anfängen im frühen 19. Jahrhundert immer wieder beschworene »Krise« der Soziologie nicht nur Ausdruck der auf Dauer gestellten Frage nach ihrer eigenen gesellschaftlichen Standortbestimmung und Mission, sondern die natürliche Konsequenz einer sich mit den geschichtlichen Veränderungen ihres Untersuchungsgegenstandes immer wieder neu erfindenden akademischen Disziplin. Die fachgeschichtliche Selbstreflexion der Soziologie ist somit selbst unverzichtbarer Bestandteil einer soziologischen Zeitdiagnose, die sowohl die jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen als auch ihre diesbezüglichen theoretischen und empirischen Analysen zum Gegenstand hat.

Gastländer

Frankreich und die USA sind Gastländer des Jubiläumskongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Beteiligung französischer und amerikanischer Kolleginnen und Kollegen an diesem Kongress trägt zum einen der Bedeutung beider Länder für die Geschichte der Soziologie sowie für die Emigration deutschsprachiger Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler im 20. Jahrhundert Rechnung. Zum anderen wird durch die Teilnahme dieser beiden Gastländer das produktive Spannungsverhältnis zwischen den nationalen Traditionen der Soziologie prägnant veranschaulicht und die Frage nach ihrem heutigen Stellenwert innerhalb des Faches zum Gegenstand entsprechender soziologiegeschichtlicher Veranstaltungen und Kontroversen gemacht.

Haben Sie Interesse, den 36. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Jahr 2012 zu veranstalten?

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie lädt soziologische Fakultäten, Fachbereiche, Institute, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein, Vorschläge für die Organisation und Durchführung des Soziologiekongresses 2012 einzureichen. Ihre Bewerbung sollte folgende Punkte enthalten:

- Kongressthema mit Begründung
- Nennung von Hauptverantwortlichen
- Auskünfte über den Kosten- und Finanzierungsplan sowie
- Darlegung der lokalen räumlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen wissenschaftlichen Großveranstaltung.

Der Vorstand der DGS und die Geschäftsstelle stehen für weitere Informationen und Auskünfte gern zur Verfügung.

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
Kulturwissenschaftliches Institut NRW
Dipl.-Soz. Dana Giesecke
Goethestraße 31
45128 Essen

dana.giesecke@kwi-nrw.de
0201 / 7204 208

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Maike Bähre, Buxtehude
Peter Biniok, M.A., Luzern
Dr. phil. Klaus Birkelbach, Essen
Veronika Dehnen, Duisburg
PD Dr. Ute Luise Fischer, Unna
Dipl.-Soz. Claudia Frost, Dresden
Dipl.-Soz. Torsten Heinemann, Frankfurt a. M.
Fabian Hoose, Bochum
Dr. phil. Isa Jahnke, Dortmund
Dr. phil. Stefan Jahr, Jena
Dipl.-Soz.-Wiss. Katharina Küsgen, Gladbeck
Dr. phil. Katharina Manderscheid, Luzern
Dipl.-Päd. Christine Möller, Dortmund
Dipl.-Soz. Alexandra Reißmann, Auerbach
Olaf Rüsing, Hamburg
Mario Störkle, M.A., Freiburg
Dipl.-Soz. Mascha Will-Zocholl, Darmstadt

Neue studentische Mitglieder

Kristian Dressler, Berlin
Sebastian Knecht, Neubrandenburg
Christin Mattner, Potsdam
Ramona Schulz, Dresden
Matthias Schulz, Frankfurt a. M.
Christiane Schürkmann, Siegen
Lena Schütze, München
Stefanie Seiler, Speyer
Romina Toncheva, Mannheim

Austritte

Bernhard Meierhofer, Regensburg

Prof. Dr. Klaus Feldmann, Hannover

Sektion Religionssoziologie

Bericht über die beiden Veranstaltungen auf dem 34. Kongress der DGS in Jena »Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen«

1. *Plenarveranstaltung zusammen mit der Sektion Politische Soziologie: Religion als Sicherheitsrisiko?, 9. Oktober 2008*

Religion und Religionen werden gegenwärtig vielfach als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Ähnlich wie im frühneuzeitlichen Europa der Glaubenskriege scheinen religiöse Überzeugungen heute weltweit zur Entstehung und Verhärtung politischer Konflikte beizutragen. In gleich doppelter Weise, so der allgemeine Eindruck, stellt Religion ein Gefährdungspotenzial dar. Erstens erscheint sie – Buchtitel wie *Terror in the mind of Gott* (Juergensmeyer) oder *Gewalt als Gottesdienst* (Kippenberg) legen dies nahe – als unmittelbares Motiv und Rechtfertigung von Gewaltanwendung und zwar keineswegs nur auf Seiten des im Zentrum medialer Aufmerksamkeit stehenden Islam, sondern auch bei fundamentalistischen Gruppen in Christentum, Judentum und Hinduismus. Zweitens sei Religion eine Basis kultureller oder zivilisatorischer Identitäten, und wirke damit abgrenzend gegenüber anderen Kulturen. Auf dieser Huntington'schen Argumentationslinie werden die Differenzen zwischen Islam und Christentum bzw. Judentum zu den geopolitisch maßgeblichen Konfliktlinien nach dem Kalten Krieg stilisiert.

Beide Deutungsmuster prägen zunehmend die staatliche Regulierung wie auch die öffentliche Wahrnehmung von Religion. In der Soziologie ist der Zusammenhang von Religion und (gesellschaftlicher) Sicherheit indessen bislang kaum reflektiert worden. Gängig ist in der Religionssoziologie allenfalls die Thematisierung von Unsicherheit als gesellschaftlicher Voraussetzung für die Verbreitung religiöser Überzeugungen. Letztere, so die zuletzt von Norris und Inglehart verbreitete These, seien grundsätzlich als Antwort auf die existentielle Verunsicherung von Menschen zu begreifen oder ermöglichten »cultural defense« im Angesicht kollektiver Identitätskrisen. Weniger gängig ist indessen der soziologische Blick auf »Religion als Sicherheitsrisiko«. Genau dies war das Thema eines von den Sektionen Religionssoziologie und Politische Soziologie verantworteten Plenums auf dem DGS-Kongress in Jena. Organisiert

worden war das Plenum von *Matthias Koenig* (Göttingen) und *Christian Labusen* (Siegen) unter Beteiligung von *Christel Gärtner* (Münster), *Gert Pickel* (Leipzig) und *Trutz von Trotha* (Siegen) als Juroren. Der Zusammenhang von (Un-)Sicherheit und Religion wurde dabei in mehreren Facetten und aus unterschiedlichen Blickrichtungen beleuchtet.

Erstens wurde gefragt, ob und inwieweit religiöse Überzeugungen genuine Motive politischer Gewalt darstellen. Sind sie Auslöser von Konflikten, schaffen sie Brüche und Verständigungshindernisse, die Konflikte verfestigen, oder erhalten sie ursprünglich politische Konflikte am Leben? Ist jenseits individueller Handlungsmotive Religion auch eine gesellschaftliche Strukturbedingung politischer Konflikte? Diese Fragen standen im Zentrum des Vortrags von *Mark Juergensmeyer* (Santa Barbara/USA) mit dem Titel »Global Rebellion – Religious Challenges to the Secular State«. Auf der Basis seines wohl einzigartigen Interviewmaterials mit Terroristen verschiedenster religiöser Provenienz bot Juergensmeyer einen globalen Überblick über gewaltbereite religiöse Bewegungen und zeigte ihre gemeinsame Motivlage in der politischen Kritik an – oftmals importierter – säkularer Staatlichkeit.

Gleich, wie man diese und ähnliche Sicherheitsrisiken von Religion beurteilt, ist festzustellen, dass das sicherheitspolitische Framing des Umgangs mit Religion vielerorts an Bedeutung gewonnen hat. Von Interesse sind hier beispielsweise die Exklusions- aber auch Inklusionseffekte, die der Beobachtung muslimischer Organisationen durch den Verfassungsschutz innewohnen. Solche und ähnliche sicherheitspolitische Rahmungen, ihre Entstehungsbedingungen und ihre Folgen für das religiöse Feld waren eine zweite thematische Facette des Plenums. Auf sie konzentrierte sich *Michael Opielka* (Jena) in seinem Beitrag »Wahrnehmung von Bedrohung durch den Islam – eine neoinstitutionalistische Perspektive zum Konflikt zwischen Religion und Politik«. Seine These, dass die Bedrohungswahrnehmungen in hohem Maße von wissenschaftlichen Experten formuliert würden, entfaltete er anhand eines Vergleichs der Sicherheitssemantiken in Deutschland, der Türkei, Israel und Indien, in denen jeweils spezifische Konstruktionen des Islam als eines bedrohlichen »Anderen« anzutreffen seien.

Eine dritte Fragestellung schließlich bezog sich darauf, ob und inwieweit religiöse Überzeugungen Konflikte überbrücken und damit Sicherheit gewähren können. Seit den Klassikern der Soziologie wird der Religion eine große Bedeutung bei der Bearbeitung von Kontingenz-

problemen und Unsicherheit zuerkannt. Darüber hinaus kann Religion auch Werte, wie Toleranz, Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit stiften. Wäre es da nicht zu erwarten, dass Religion zur Lösung von Konflikten beiträgt, sei es vermittelt ihrer Autoritäten und Institutionen, sei es vermittelt der ihr eigenen Wertemuster. Stellt insofern nicht womöglich auch eine sich ausbreitende Säkularisierung ein Sicherheitsrisiko dar? Und kann Religion in dieser Lage nicht positiv auf die politische Kultur einer Region einwirken? Diesen Fragen widmete sich der Beitrag von *Birgit Huber* (Halle) mit dem Titel »Religion als Ressource für moralisches Handeln in Ostdeutschland – das Bemühen um Zivilität in Hoyerswerda«. Auf der Grundlage eigener ethnologischer Feldforschung vertrat sie die These, dass die Ausschreitungen von 1991 den Ausgangspunkt für eine Re-Christianisierung darstellten, die allerdings weniger mit Kirchlichkeit, als vielmehr mit der Verbreitung christlichen Orientierungswissens einhergehe.

Die entlang der drei skizzierten Fragen strukturierte Plenarveranstaltung wurde abgerundet mit einem Beitrag von *Wolfgang Eßbach* (Freiburg) zum Thema »Der Enthusiasmus und seine Stabilisierung in Kunstreligion und Nationalreligion«, der die aktuellen Debatten zu Religion als Sicherheitsrisiko gewissermaßen aus der historischen Distanz beleuchtete. Galten enthusiastische Bewegungen aufgrund ihrer Fusion von Politischem und Religiösen als Gefährdung staatlicher Strukturen, so bildeten sie, so Eßbachs historisch-soziologische Rekonstruktion, in Kunst- und Nationalreligion eigene Stabilisierungsformen aus, deren Bedeutung für gesellschaftliche Sicherheit höchst ambivalent waren. Insgesamt warfen Vorträge und Diskussionen in der gut besuchten Plenarveranstaltung ebenso viele Fragen auf wie sie beantworteten und zeigten dadurch den theoretischen Reflexions- und empirischen Forschungsbedarf, der dem Thema Religion und Sicherheit gegenwärtig eigen ist.

2. Sektionsveranstaltung: Religion und Sozialkapital, 9. Oktober 2008

Die Sektionsveranstaltung der Sektion Religionssoziologie auf dem DGS-Kongress 2008 in Jena war dem Thema »Religion und soziales Kapital« gewidmet. Das Konzept des sozialen Kapitals wird in unterschiedlichen theoretischen Traditionen verwendet, von der Rational-Choice-Theorie (Coleman) über die Netzwerktheorie (Burt, Lin) bis hin zu Bourdieus Theorie der sozialen Felder. Anregend für die religionssoziologische For-

schung sind vor allem Putnams Arbeiten, in denen Sozialkapital auf seine Gemeinschaften nach innen bindenden (und nach außen abgrenzenden) Effekte einerseits, auf seine Klassen-, Status- und Ethnizitätsgrenzen überbrückenden Effekte andererseits analysiert wurde. Untersuchungen über die spezifisch religiösen Produktionsmodi individuellen und kollektiven Sozialkapitals sowie ihre integrative, aber auch ihre desintegrative Wirkung eröffnen wiederum weiterführende Perspektiven für die allgemeine Theoriedebatte.

Angesichts der Kontroverse um die *Charitable Choice* Gesetze der Bush-Administration überrascht es kaum, dass vor allem die amerikanische Forschung sich intensiv mit Putnams These einer Beziehung von Religion und Sozialkapital befasst hat. So untersuchen etliche Studien den Einfluss von Religion auf ehrenamtliches Engagement und vermittelt darüber auf individuelle Variablen wie Gesundheit, Bildungserfolg und soziale Mobilität oder Aggregatvariablen wie politische Stabilität oder ökonomische Produktivität. Im Bereich der Migrationssoziologie betrachtet man die Bedeutung transnationaler religiöser Netzwerke für das Sozialkapital von Einwanderern, und neuerdings wird lebhaft diskutiert, inwieweit Putnams Behauptung eines mutmaßlichen negativen kurzfristigen Einflusses (ethnischer und religiöser) Diversität auf soziale Integration zutrifft.

Gerade diese letzte Behauptung, aber auch die allgemeinen Zusammenhänge von Religion und Sozialkapital gewinnen in der europäischen (und deutschen) Soziologie zunehmend an Aufmerksamkeit. Die von *Matthias Koenig* (Göttingen) organisierte Sektionsveranstaltung sondierte daher das Feld mit Beiträgen aus unterschiedlichen theoretischen und methodischen Perspektiven. *Frank Adloff* (FU Berlin) eröffnete die Debatte mit einem historisch-soziologischen Beitrag zu dem seit Tocqueville diskutierten Verhältnis von Religion, Zivilgesellschaft und Staat, der sich kritisch mit dem aus dem Kulturkampf stammenden Deutungsschema eine Entgegensetzung von (fundamentaler) Religion und Zivilgesellschaft befasste. Er zeigte insbesondere, wie der Katholizismus bereits im 19. Jahrhundert, also weit vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Praktiken und Institutionen generierte.

Die Frage, inwieweit in der gegenwärtigen BRD Religiosität zur Generierung und Aufrechterhaltung von Sozialkapital beiträgt, stand im Mittelpunkt des Beitrags von *Richard Traunmüller* (Konstanz). Auf Grund-

lage von SOEP-Daten untersuchte er die Unterschiede, die sich bei den Angehörigen von Katholizismus, Protestantismus und Islam bezüglich der Einbindung in Freundschaftsnetzwerke, zivilgesellschaftlichem Engagement und generalisiertem Vertrauen feststellen lassen. Seine Ergebnisse legten nahe, dass sowohl subjektive Religiosität als auch öffentliche religiöse Praxis einen markanten Einfluss auf die Sozialintegration in Deutschland ausüben – allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den religiösen Traditionen. Während etwa regelmäßiger Gottesdienstbesuch generell mit einem größeren informellen Netzwerk einhergehe, korrelierten Religion und formelles zivilgesellschaftliches Engagement nur im Christentum und besonders im Protestantismus. Christliche Religiosität führe auch zu einem starken generalisierten Vertrauen, während sich ein entsprechender Effekt bei den Muslimen nicht feststellen lasse.

Dem umgekehrten Zusammenhang eines Einflusses von Sozialkapital auf religiöse Orientierungen ging aus der Perspektive qualitativer Sozialforschung *Yasemin El-Menouar* (Düsseldorf) nach. Im Horizont der Debatte um die Integration des Islam entfaltete sie die These, dass Differenzen der vorhandenen Sozialkapitalausstattung bei muslimischen Migranten zu verschiedenen Lesarten des Korans führen. Eine »interpretierende« Lesart, wie man sie im reformistischen Islam findet, sei bei Migranten mit brückenbildendem Sozialkapital verbreitet. Dagegen treffe man bei Migranten mit starkem bindendem Sozialkapital eher auf eine wortgetreue Lesart des Korans, wie sie für orthodoxe Spielarten des Islam charakteristisch ist. Beide Varianten wurden anhand von Fallbeispielen in ihrer jeweiligen praktischen Logik rekonstruiert.

Dass Einsichten über Sozialkapital unmittelbar politisch relevant sind, liegt auf der Hand und wirft die reflexive Frage nach den Verwendungszusammenhängen sozialwissenschaftlicher Sozialkapitaltheorien auf. Auf der Basis mehrmonatiger Feldforschung in Kapstadt stellte Marian Burchardt (*Leipzig*) daher die Bedeutung des Sozialkapitalkonzepts für den Umgang mit AIDS in Südafrika vor. Zunächst argumentierte er, dass eine Rekonstruktion der religionsbezogenen Sozialkapitalpolitik im Kontext von AIDS einen entscheidenden Beitrag zum Verständnis der politischen Er- und Verfassung von Religion und ihrer Position in Südafrikas öffentlichem Raum leiste, und prüfte vor diesem Hintergrund die Aneignung des Sozialkapitalkonzepts bei kirchlichen Selbsthilfegruppen.

Blickt man insgesamt auf den Diskussionsstand, wie er in den Beiträgen der gut besuchten Sektionsveranstaltung artikuliert wird, bleiben

viele Zusammenhänge von Religion und Sozialkapital noch ungeklärt. Individuelle Religiosität und kirchliche Beteiligung tragen manchmal, aber eben nicht immer, zu höherem Sozialkapital bei. Und das religiös erzeugte soziale Kapital überbrückt nur in manchen Fällen die Grenzen von Herkunft, Status und Klasse, während es jene Grenzen in anderen Fällen geradezu stabilisiert. Erkenntnisfortschritt in diesem Themenfeld erfordert daher, die genauen Bedingungen zu spezifizieren, unter denen Religion verschiedene Arten sozialen Kapitals hervorbringt. Sowohl endogene als auch exogene Faktoren des religiösen Feldes müssen dabei in Betracht gezogen werden. Hinsichtlich endogener Faktoren ließe sich vermuten, dass Inhalte religiöser Ethiken und Formen religiöser Organisation für den Einfluss von Religion auf Sozialkapital maßgeblich sind. Exogen könnten sozioökonomische Kontexte und institutionelle Rahmenbedingungen die Unterschiede beim Einfluss von Religion auf Sozialkapital erklären. Die Bedeutung endogener und exogener Faktoren systematisch zu klären, liegt jenseits der Möglichkeiten einer einzigen Sektionsveranstaltung. Die Vorträge und Diskussionen unterstrichen aber, dass die interreligiös und international vergleichende Analyse des Zusammenhangs von Religion und Sozialkapital Stoff für ein umfassendes Forschungsprogramm bietet, das für die Religionssoziologie wie für die Allgemeine Soziologie von gleichermaßen großem Interesse sein dürfte.

Matthias Koenig

Sektion Wirtschaftssoziologie

Karl-Polanyi-Preis der Sektion Wirtschaftssoziologie

Die Sektion Wirtschaftssoziologie wird auf dem Soziologiekongress in Frankfurt zum zweiten Mal einen Preis für eine herausragende Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftssoziologie verleihen. Mit dem Karl-Polanyi-Preis wird alle zwei Jahre alternierend ein Artikel in einer soziologischen Fachzeitschrift oder ein Buch (Monographie oder Herausgeberschaft) prämiert. Nominiert werden können jeweils Arbeiten, die in den vier Jahren vor der Auslobung veröffentlicht wurden. Auf dem 35. Soziologiekongress 2010 soll erstmals ein Buch prämiert werden.

Nominiert werden können auf Deutsch und auf Englisch verfasste Buchtitel, die zwischen 2006 und 2009 veröffentlicht wurden. Bei englischsprachigen Einreichungen muss die Forschungsarbeit für das zu prämiierende Buch an einer deutschsprachigen Universität oder Forschungseinrichtung erbracht worden sein.

Der Karl-Polanyi-Preis wird im Rahmen eines Empfangs der Sektion Wirtschaftssoziologie auf dem Soziologiekongress in Frankfurt an die Preisträgerin bzw. den Preisträger verliehen. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert.

Die Auswahl des zu prämierenden Buchs wird durch eine Jury, – bestehend aus Christoph Deutschmann (Vorsitzender, Tübingen), Jürgen Beyer (Hamburg) und Gertraude Mikl-Horke (Wien) – getroffen. Mitglieder des Vorstands der Sektion Wirtschaftssoziologie gehören der Jury nicht an. Arbeiten von Jurymitgliedern und gegenwärtigen Mitgliedern im Vorstand der Sektion werden nicht in die Auswahl einbezogen. Die Jury wird ihre Prämierung in einer Laudatio begründen.

Nominierungen

Sowohl Nominierungen durch Dritte als auch Selbstnominierungen sind möglich. Einsendeschluss ist der **31. Mai 2010**. Bücher sind (mit einem Exemplar) einzureichen an:

Prof. Dr. Jens Beckert
Sprecher der Sektion Wirtschaftssoziologie
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstraße 3
50676 Köln

Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie der Sektionen Kultursoziologie und Stadt- und Regionalsoziologie

Workshop-Bericht »Rekonstruktion, Dekonstruktion, Konstruktion.
Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus«, 8. und 9. Mai 2009

Der dritte Workshop der AG Architektursoziologie – und die mittlerweile sechste Veranstaltung zur Architektursoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – widmete sich den aktuellen Trends vor allem des bundesdeutschen Städtebaus. Am auffälligsten ist das Phänomen der *Rekonstruktion* historischer Gebäude oder ganzer Stadtkerne: eine Rekon-

struktionswelle hat die Bundesrepublik erfasst, im Ausgang vom Erfolgsfall der Dresdner Frauenkirche. Und über die BRD hinaus ist ein Rekonstruktionsbegehren auch in den osteuropäischen Staaten und in Russland zu beobachten; aber auch – vereinzelt – in Frankreich und Großbritannien. Dem stehen weltweit zwei weitere Trends in Architektur und Städtebau gegenüber: die *Konstruktion* von Millionenstädten, die wie Pilze aus dem Boden schießen, vor allem in China; und die *Dekonstruktion* als Resonanz machende, nachgefragte Formensprache der aktuellen, zeitgenössischen Architektur, neben der Dekonstruktion im Sinne der Zerstörung von Bauten insbesondere, aber nicht nur aus der DDR-Moderne.

Die Gleichzeitigkeit dieser Formensprachen und die Gleichzeitigkeit der Begehren, die dahinter stehen, verlangen nach einer soziologischen Aufklärung und ermöglichen zugleich eine Gesellschaftsdiagnose: in welcher Gesellschaft leben wir eigentlich, die sich (in Deutschland) in hoch emotionalen Debatten und mit ebenso hohem finanziellen und kognitiven Aufwand das gebaute Gesicht der Gesellschaften vergangener Jahrhunderte wiederherstellt? Und in welcher Gesellschaft leben die Menschen in Ostasien, in diesen Megastädten, die ganz im Gegenteil ein hoch konstruktives, artifizielles gebautes Gesicht haben: in denen jegliche Spur der eigenen Vergangenheit aus der Sichtbarkeit verschwindet?

Um es vorwegzunehmen: Der Workshop hatte auf diese weitreichenden Fragen keine absoluten Antworten. Dazu bedarf es erst noch einiger Forschungsprojekte, die anzuschließen sein werden. Zweitens erfolgte die Auswahl der Beiträge auf einen Call hin, und gerade zum internationalen Phänomen der Konstruktion und des architektonischen Dekonstruktivismus gab es keine Vortrags-Angebote. Vielmehr drehte sich die überwiegende Zahl der Beiträge um Fragen des deutschen Städtebaus und der deutschen Architektur. Hier wiederum war (wohl nicht wirklich überraschend) das Phänomen der Rekonstruktion zentral. Und die Veranstaltung fand in Bamberg statt, in einer der wenigen unzerstörten deutschen Städte, so dass das Begehren nach Rekonstruktion – vielleicht aber auch nach Dekonstruktion – nahezu körperlich nachvollziehbar wurde. Dazwischen »funkten« kreative Querschlager: etwa zur Konstruktion der Favelas oder »krisenfester Bankarchitektur«. Die Beiträge kamen aus den Disziplinen Soziologie, Architektur, Kunstgeschichte und Ethnologie.

Nun – wegen der Vielzahl (17) sehr kursorisch – zu den einzelnen Beiträgen. Es ist nicht leicht, sie in einer Linie zusammenzufassen. Eher gab es einen frischen Mix von Vorträgen, die in der Debatte stets erneut ver-

bunden wurden durch die Frage nach den gesellschaftlichen Gründen und Begründungen der *Rekonstruktion* resp. *Dekonstruktion* in den deutschen Innenstädten.

Zunächst wurde in dieser Linie in mehreren Beiträgen der Frankfurter Fall verhandelt: die Debatte um das Technische Rathaus, die historisch tiefreichenden Begehren nach dem Wiederaufbau der Fachwerkbebauung im historischen Stadtzentrum, die von *Oliver Schmidtke* (Uni Frankfurt) als Symptom eines grundlegenden Problems mit der modernen Vergesellschaftung sichtbar gemacht wurden. Zugleich wurde die emotionale Debatte um den Wiederaufbau auch seitens der Architekten sichtbar: die in ihrem Berufsverständnis, im Kern ihres Selbstverständnisses herausgefordert sind. *Markus Daus* (ebenfalls Uni Frankfurt) betonte am Fall des Zürich-Hochhauses und des Neubaus des Mäckler-Hochhauses an der selben Stelle die affektive Dimension des Hochbaus: in einem gesellschaftsspezifischen Architekturverständnis, das der Architektur spätestens seit dem 18. Jahrhundert eine besondere emotionale Wirkung zuschreibt, deren soziale Effektivität erkennt und ständig zu steigern sucht – und zu einer Emotionalisierung der Debatten führt, wie am Fall der Hochhausdebatten seit den 1920ern zu beobachten: eine Emotionalisierung, in der sich soziale Konfliktlinien wie in einem Brennglas konstituieren und kenntlich machen. In Leipzig handelt es sich um eine etwas andere Problematik: die genaue Analyse, der tiefe soziologische Blick ist essentiell, wie die Beiträge von *Thomas Schmidt-Lux* und *Ralph Richter* (beide Uni Leipzig) zeigten. Denn der Fall der Universitätskirche ist kein getreuer Nachbau, sondern ein Kompromiss, eine zeitgenössische Architektur in der Kubatur der historischen Bausubstanz. Und der Streit dreht sich nicht nur um die ästhetische Frage, sondern vor allem auch um die Nutzungsrechte der Räume zwischen Universität und Kirche. An diesem Gebäude kristallisieren sich Kernkonflikte der modernen Gesellschaft insgesamt: die Trennung von Wissenschaft und Religion, Säkularem und Sakralen; weiterhin geht es aber auch um spezifische politische Fragen der Bundesrepublik: um den Umgang mit der DDR-Architektur im Streit um »Wiedergutmachung« und Erinnerung (an derselben Stelle, an der die Kirche bis 1968 stand, hing das Karl-Marx-Relief »Aufbruch«): insgesamt, so Schmidt-Lux, habe man es hier nicht mit einer ästhetischen Konfliktlinie zu tun, sondern mit politischen und religiösen Problematiken, die im »Medium« Architektur verhandelt werden. Richter schlug am selben Fall vor, die aktuellen Trends zusammenzudenken: die Gleichzeitigkeit von Rekonstruktion und Dekon-

struktion (im Sinne der Avantgarde-Architektur) ist das Problem, das er mit Rekurs auf soziologische Diagnosen der Postmoderne zu beleuchten suchte: der Suche nach Identitätsräumen, von Selbststilisierungen, von Distinktion im Medium der Architektur, die aktuell offenbar verstärkt – auch zwischen den Städten – nachgefragt wird. Dabei sind die städtischen Eigenlogiken (H. Berking/M. Löw) zu beachten. Der Leipziger Fall des »Paulinums«, dieser nahezu dekonstruktivistischen Rekonstruktion, ist so gesehen Ergebnis eines ganz spezifischen Gesellschaftlichen. *Silke Steets* (TU Darmstadt) beobachtete gesellschaftsvergleichend und -diagnostisch ebenfalls am Leipziger Fall eine Dekonstruktion im Wortsinn: den Abriss des Brühl-Ensembles, einer privilegierten Wohnanlage aus DDR-Zeiten im Zentrum der Innenstadt, in dem es erneut um mehr als um Ästhetik geht – nämlich um die Vorstellung des »guten« Lebens; um die städtische Einzigartigkeit; um städtische Politiken, die ein Narrativ, ein Bild von sich entfalten und deren Gebäude und Bewohner entsprechend behandeln. Es gab zwar keinen expliziten Beitrag zu Berlin. Gleichwohl war die Schlossdebatte in der Diskussion stets präsent. Den Blick über den westeuropäischen Tellerrand bot *Anamaria Depner* (Bamberg): nach Timisoara, wo die rekonstruierende, EU-geförderte Denkmalpflege auf eine vollständig divergente Mentalität und Gesellschaftsvorstellung prallt. Die Frage, die sich hier am Fall der Architektur aufdrängt, ist, mit welcher Gesellschaft man es in Rumänien zu tun hat – wo sich diese auf dem Weg vom Sozialismus zur westlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur befindet, oder besser: welchen Weg sie sich augenblicklich wählt.

Hinzu kam der theoretische, Fall-übergreifende Abendvortrag von *Joachim Fischer* (Dresden/Bamberg), der sich auf zwei Fragen konzentrierte. 1. Warum gibt es in einer medial sich verstehenden Gesellschaft überhaupt Architekturdebatten? *Sozial*theoretisch begreift Fischer Architektur als das »schwere« gegenüber den »leichten« Kommunikationsmedien: moderne Gesellschaft als Ko-Evolution beider Medientypen. Da die soziologische Theorie der Moderne sich notorisch nur auf die »geflügelten« Kommunikationsmedien (Geld, Sprache, Macht) konzentrierte, falle es ihr schwer, Architekturdebatten zu entschlüsseln, in denen die moderne Gesellschaft (v.a. in ihren Generationen) im Kampf um die Form der »Baukörpergrenzen« um ihr »Imaginäres« ringt. 2. Warum also gibt es seit den 1990ern die Rekonstruktionsdebatte, was ist das Imaginäre der Gegenwart? *Gesellschaft*stheoretisch sei die Rekonstruktion – so Fischer – eine genuin soziale Bewegung, tief verstrickt in die europäische Revolution von 1989. Die

Transformation der modernen sozialistischen Gesellschaften in moderne »bürgerliche Gesellschaften« wurde in vielen (ost-)mitteleuropäischen Städten in der Wiederaneignung des städtischen Raumes durch Bürgerbewegungen initiiert. Westeuropa blieb davon nicht unbeeindruckt: in der Rekonstruktionsbewegung beugt sich die kontingenzbewusste »Civil Society« offenbar in ihren Ursprung (die »okzidentale Stadt«) zurück, den sie bei aller Beschleunigung und aller Befürwortung des Neuen baulich identifizierbar zu halten sucht.

Dieser Konzentration auf die *Rekonstruktion* und darin auf einige Brennpunkte der Debatte standen einzelne, gerade im Vergleich zur Rekonstruktionsproblematik aufschlussreiche Fälle gegenüber: zur Konstruktion und zum baulichen Wandel der Favelas in Brasilien, die jenem »wildem Denken« folgen, das Lévi-Strauss beschrieben hatte: es ist, wie *Jan Stefan Becker* (Uni Gießen) mit Rekurs auf Deleuze und Guattari ausführte, die »Behausungsmaschine« einer schriftlosen und von Gewalt geprägten Vergesellschaftung, welche spezifische Raumnutzungsmuster, spezifische Imaginationen der Gesellschaft und spezifische Bewegungsweisen hervorruft. Für das Gebäude der »Bank of England« in London machte *Nona Schulte-Roemer* (WZB) die historische Konstruktionsfunktion der Architektur sichtbar: die Vertrauensbildung in das Medium Geld durch eine monumentale, historisierende Architektur und die gleichzeitige Umwandlung der Privatbank zur Noten- und Staatsbank durch (innen-)architektonische Innovationen. Das derzeit viel besprochene Phänomen (oder Theorem) der »kreativen Stadt« und ihrer Architektur war das Thema von *Anna-Lisa Müller* (Uni Konstanz) am Fall Dublins: wie konstruiert man architektonisch eine kreative Stadt? Den unterschiedlichen Umgang mit den in den 1920ern erbauten 16.000 Wohnungen Ernst Mays in Frankfurt-Römerstadt – die als Leitbauten des Wohnens und Lebens entworfen und errichtet worden waren – beobachtete *Amalia Barboza* (Uni Frankfurt): verbunden mit der Formulierung einer Aufgabe der Architektursoziologie, die nämlich mit zu beantworten habe, in welcher Zukunft wir leben wollen. Die aktuelle Konstruktion einer neuen »Stadtgesellschaft« in der Hafencity in Hamburg wurde mit ähnlich kritisch-emanzipativem Impuls durch *Thomas Dörfler* (Uni Bayreuth) beobachtet, dabei Henri Lefebvres dreistufige Theorie der Raumwahrnehmung als Analyseinstrument vorschlagend. Den Umgang mit und die Konstruktion der ehemaligen Zonengrenze in Berlin durch die »heritage industry« (Kulturerbe-Industrie) analysierte *Sybille Frank* (TU Darmstadt) anhand deren Pionierstätte: des Checkpoint Charlie. Sie verband dies mit der Kritik

der Soziologie, die sich für solche Kulturerbe-Konstruktionen und die dahinter stehenden Begehren der Einzelnen nicht interessiere, sondern stets vorschnell von »Disneyfizierung« spreche. Die These lautete: statt mit einem öffentlichen Leitbild (etwa der Rekonstruktion) habe man es mit einzelnen Initiativen zu tun, die eine neue »Aufmerksamkeit für Orte« in Gang setzten. Eine je interessierte Zurichtung des öffentlichen Raums beobachtete auch *René Seyfarth* (Leipzig), dabei »hegemoniale« Gruppen und deren Architekturpraxis beobachtend, von denen Minderheiteninteressen ausgeblendet werden. Die Debatte um die Rekonstruktion sei demnach eine hegemoniale Debatte zwischen zwei *Gesellschaftsverständnissen*: den Gegnern der Rekonstruktion (»Idealisten«), die auf Authentizität der Substanz bedacht sind, und den Befürwortern (»Pragmatikern«), die auf das Erscheinungsbild der Stadt bedacht sind und sich momentan durchzusetzen scheinen. An diesen Haltungen müsse eine soziologische Kritik ansetzen, nicht an der Architektur selbst. *Stefanie Duttweiler* (Uni Basel) lenkte die Aufmerksamkeit auf den Fall der Rekonstruktion von Kirchen, in dem es ebenfalls zwei Standpunkte gibt: zum einen die Frage der Identität des Stadtbildes und der Stadtgesellschaft, zum anderen den Standpunkt der Kirche als einem wirkmächtigen, vielleicht zentralem Symbol der okzidentalen Vergesellschaftung.

Nicht zuletzt waren die Beiträge der Architekturdiziplin instruktiv: die architekturtheoretische und architekturgeschichtlich tief verankerte Kritik des aktuellen Begehrens nach einer Architektur der Rekonstruktion (*Stefan Hajek*, Au am Inn); der ebenso kritische, exemplarische Blick auf ein neu errichtetes Firmengebäude als einer wenig nutzerfreundlichen Architektur, in der sich die globale »Netzwerkgesellschaft« konstituiere (*Christina Hilger*, München). Beide Vorträge standen wohl repräsentativ für den Blick des Architekten und der Architektin und damit für diejenigen Fragen, die die Architektur an die Architektursoziologie (erneut) stellen wird: Gefragt sind offenbar neben der gesellschaftstheoretischen Aufklärung auch und vor allem Handreichungen, Maßstäbe für das architektonische Schaffen seitens der Gesellschaftswissenschaften. Essentiell wird hier gleichwohl für die (gerade erst sich etablierende) Architektursoziologie die Kultivierung eines *analytischen* Blickes sein: die Trennung von distanzierter (»werturteilsfreier«) Analyse und Kritik, gerade in den hoch emotionalen Debatten um die Architektur, von denen der Soziologe resp. die Soziologin unter Umständen ebenso affiziert ist wie jede(r) andere. Man hat sich hier nicht zuletzt das Scheitern der ersten Versuche einer expliziten Architektursoziologie in

den 1970ern vor Augen zu führen, als die Soziologie ihre Architekturbeobachtung und die entsprechende Kritik auf die dogmatischen, zu engen Fundamente des zeitgenössischen Neomarxismus stellte.

Der Workshop lebte von der hier nicht darstellbaren, intensiven Diskussion zum Thema, die in jedem Fall weitergeführt zu werden verdient. Eine Auswahl der Beiträge wird im Themenheft *Rekonstruktion und Dekonstruktion* der Zeitschrift *dérive* (4/2009) erscheinen. Der nächste Workshop der AG Architektursoziologie widmet sich den Methoden der Architektursoziologie (5./6.2.2010, Leipzig, siehe www.architektur-soziologie.de).

Heike Delitz

In memoriam Ralf Dahrendorf (1.5.1929 – 17.6.2009)

– ein persönlicher Rückblick

Ralf Dahrendorf ist am 17. Juni 2009, wenige Wochen nach Vollendung seines 80. Lebensjahrs, in Köln gestorben. Die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF widmeten ihm ebenso umfängliche Nachrufe wie die großen Tages- und Wochenzeitungen des europäischen Kontinents. So würdigten ihn keineswegs nur die FAZ, die Süddeutsche Zeitung oder die ZEIT in Deutschland, sondern eben auch der britische Guardian, der Economist oder die Repubblica in Italien mit ausführlichen Nachrufen. Dass auch namhafte Vertreter des Fachs sich mit Elogen zu Wort meldeten, versteht sich fast von selbst. So blieb keine der ruhmreichen Rollen, die der Verstorbene als Wissenschaftler, als Politiker, als Ideengeber zahlreicher Gremien und Kommissionen, als deutscher Professor und britisches Mitglied des Oberhauses ein Leben lang gespielt hat, unwürdigt. Dass er neben Karl Martin Bolte, Jürgen Habermas, Rainer Lepsius, Burkart Lutz, Renate Mayntz, Erwin K. Scheuch und wenigen anderen zur kleinen Gruppe der in den zwanziger Jahren geborenen Soziologen gehörte, die entscheidend zum Aufschwung der deutschen Soziologie in den sechziger Jahren beigetragen haben, ist in der Profession allgemein bekannt und in Erinnerung gerufen worden. Seine Leidenschaft galt aber der Politik und dem Kampf für die Freiheit, dem er entweder aktiv mitgestaltend in den Rollen des Parlamentariers, Parlamentarischen Staatssekretärs oder EG-Kommissars nachging oder aber als Publizist mit der »Besonnenheit des engagierten Beobachters«, die er als Tugend der von ihm zum Vorbild erkorenen »Erasmier« so schätzte.

Bei allen – beim Verfasser des »Homo sociologicus« ja naheliegenden – Hinweisen auf die diversen Rollen, die er gespielt hat, fiel allerdings zweierlei auf. Unerwähnt blieb zum einen seine Rolle als Hochschullehrer und zum anderen die Frage, welcher Mensch sich hinter all den Rollen verbarg. Wenn Lernen aber mindestens ebenso stark durch Imitation bzw. durch die Orientierung an Vorbildern wie durch das Lesen von Texten erfolgt, dann ist die Rolle des Lehrers möglicherweise doch zentraler, als es in Nachrufen auf verstorbene Wissenschaftler zum Ausdruck zu kommen pflegt. Weil mir beide genannten Aspekte bislang zu kurz gekommen sind, möchte ich im Folgenden auf Ralf Dahrendorfs Rolle als Lehrer sowie auf seine durchaus vorbildliche Eigenart im persön-

lichen Umgang mit Studierenden und jüngeren Kollegen eingehen, die er oft nachhaltig geprägt hat. Den vielen Nachrufen prominenter Publizisten oder seiner Peers in Sozialwissenschaft und Politik wird damit gleichsam ein Nachruf von unten, aus der Perspektive eines ehemaligen Studenten der Soziologie im Konstanz der sechziger Jahre zur Seite gestellt, der das Glück hatte, ihm über Jahrzehnte immer wieder begegnen zu dürfen.

Den Menschen hinter den Rollen in den Blick zu nehmen, empfiehlt sich im Falle Dahrendorfs besonders, weil sich für ihn im Rollenspiel – zumindest zur Zeit, als er den *Homo Sociologicus* (1958) schrieb – »die ärgerliche Tatsache der Gesellschaft«, also eine den nach Freiheit dürstenden Einzelnen durchaus auch entfremdende Größe, manifestierte. In seiner Autobiographie »Über Grenzen« (2002) sprach er überdies davon, dass die Förmlichkeit der Selbstdarstellung und des Rollenspiels im Kontakt mit anderen es sehr viel leichter machte, die »innere Aufsässigkeit« zu verbergen. Klar war für ihn jedenfalls, dass der Mensch sich nicht in der Summe seiner Rollen und der damit verbundenen Verhaltenszumu- tungen erschöpft und dass Rollenspiel immer auch etwas mit Schauspiel zu tun hat.

Zwei Erlebnisse Konstanzer Studierender vermögen vielleicht zu verdeutlichen, worin die Faszinationskraft des Menschen Dahrendorf gründete. Das Streben nach besserer Lehre ließ eine Gruppe Studierender unter der Führung Peter Floras an der Universität Konstanz ein Konzept zur Reform der Soziologieausbildung entwerfen, das unter dem Kürzel »PTE« (für Praxis-Theorie-Empirie) anstelle klassischer Vorlesungen und Lektürekurse eine Neuorientierung verlangte, deren Kern in der Verknüpfung von praktischen Problemen aus Politik und Gesellschaft mit sozialwissenschaftlicher Theorie zur Erklärung der Problemgenese und empirischer Forschung zur genaueren Beleuchtung der Problemschattierungen und Beurteilung des Bewährungsgrades soziologischer Hypothesen bestand. Schon in der ersten Woche nach Erscheinen des studentischen Papiers hatte Dahrendorf seine Lehre auf das neue Konzept umgestellt, dem er fortan für den Rest des Semesters folgte. Das zweite Beispiel war weniger allgemein sichtbar und vielleicht gerade deshalb noch bezeichnender. Eine studentische Hilfskraft, deren Zimmer an das von Dahrendorfs Assistenten grenzte, hatte bei der Hellhörigkeit

der provisorischen Unterbringung, in der die Universität sich damals befand, nicht umhin gekonnt, eine Unterredung mitzubekommen, in der der Professor betonte, wie ungelegen ihm der für eine Prüfung anberaumte Termin komme und wie sehr er auf Verlegung bestehen müsse. Die Hilfskraft schrieb ihm daraufhin einen Brief, in dem sie ihn an seine Amtspflichten erinnerte, die Bedeutung von Prüfungen für die Lebenschancen von Studierenden herausstrich und bekundete, wie sehr sie von dem mitgehörten Gespräch enttäuscht sei. Einen Tag später hielt sie einen handschriftlichen Brief des Kritisierten in Händen, der sich höflichst für die vertrauensvoll geäußerte Kritik bedankte, einige Details des Gesprächs korrigierend erläuterte und darum bat, ihn doch auch künftig immer wieder wissen zu lassen, wenn der Eindruck der Kritikbedürftigkeit seines Handelns entstehe.

Es ist daher wenig erstaunlich, dass es Dahrendorf – sicherlich begünstigt von der Kleinheit der Konstanzer Universität, in der damals jeder jeden kannte – gelang, der Studentenrevolte die Spitze zu nehmen, sie in rationale kritische Auseinandersetzung zu transformieren und damit voll in die Reformuniversität zu integrieren. Auf die Beteiligten wirkte das oft so, als habe er das Konzept des herrschaftsfreien Diskurses, für das er sich bekanntlich intellektuell kaum erwärmen konnte, erfunden. Das berühmte Bild, das ihn im öffentlichen Freiburger Streitgespräch mit Rudi Dutschke zeigt, war tatsächlich nur die allgemein sichtbare Spitze des viel größeren Eisbergs, der kühle Vernunft an die Stelle heißer politischer Leidenschaften zu setzen verstand.

Die geschilderten Beispiele verdeutlichen einen allgemeinen Aspekt. Wenn Dahrendorf seine 2002 erschienene Autobiographie »Über Grenzen« nannte und darin schildert, wie ihm ein Astrologe einmal früh geweissagt habe, ihm »sei es gegeben, das an sich Entfernte zu verbinden« und viele Menschen anzusprechen, so ist damit tatsächlich ein Kernelement seines Wirkens bezeichnet. Bei allem Gefallen an Konflikt und intellektuellem Streit war er ein Leben lang vielfacher Brückenbauer und geradezu meisterhafter Integrator verschiedener Welten. Das Interesse an Integration mag bei einem Konflikttheoretiker erstaunen, manifestiert sich aber in seinem Werk gleich mehrfach anhand von mindestens fünf zentralen Themen, bei denen es immer um Brückenbau und Vermittlung von Spannungen ging.

Das erste große Thema war die Brückenbildung zwischen *oben und unten* in der industriellen Klassengesellschaft. Sein Frühwerk von der deutschen Dissertation »Der Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx« (1951) über die britische Dissertation mit dem Titel »Unskilled Labour in British Industry« (1956) bis zur Habilitation mit dem Klassenbuch und dessen englischer Ausgabe als »Class and Class Conflict in Industrial Society« (1959) widmete sich Fragen der sozialen Integration von Arbeitern und der Institutionalisierung des industriellen Konflikts, wobei er im Herrschaftsverhältnis von denen, die Anordnungen erteilen, und jenen, die sie zu befolgen haben, bekanntlich die Grundlage von sozialer Ungleichheit und Klassenbildung sah. Als Professor in Tübingen setzte er dann in den sechziger Jahren die von Wolfgang Zapf betriebene empirische Elitenforschung auf die Schiene. Kein deutscher Sozialwissenschaftler ist in der Folgezeit den globalen Eliten in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik so nahe gekommen wie er. Schon 1975 wirkte er in der Trilateral Commission mit, die den Band »The Crisis of Democracy« erarbeitete. In Großbritannien war er nicht nur seit 1993 Mitglied im House of Lords, sondern 1995 auch Vorsitzender der »Commission on Wealth Creation and Social Cohesion in a Free Society«, die für die englischen Liberaldemokraten Eckpunkte des anzustrebenden Wandels formulierte. Noch jüngst nahm er eine ähnlich leitende Funktion als Vorsitzender der Zukunftskommission des Landes Nordrhein-Westfalen wahr. Bei aller Weltläufigkeit blieb er seinem deutschen Wohnort Bonn-dorf aber stets verbunden und wirkte gerne als ständiger Berater der »Badischen Zeitung«. Dass er das Wort von der »Glokalisierung« so mochte, ist wohl Ausdruck dieser Verknüpfung von Weltoffenheit und lokaler Verwurzelung. Letztere manifestierte sich auch in seiner Zuneigung zur badischen Fasnacht, die wir anfangs als Wahlkampfaktik eines um Parlamentssitze buhlenden Liberalen missdeuteten, später aber als Ausdruck des freiheitlichen Bedürfnisses nach sporadischer Suspendierung der Normen und Sanktionen des alltäglichen Rollenspiels verstanden.

Das Thema der Vermittlung von oben und unten kennzeichnete auch seine Beschäftigung mit dem *Bildungswesen*. Für ihn war es überhaupt kein Widerspruch, sich einerseits unter dem Motto »Bildung ist Bürgerrecht« für die Egalisierung der Bildungschancen einzusetzen, andererseits aber

unter dem Leitstern »Klein-Harvard am Bodensee« das Projekt der Gründung einer Eliteuniversität zu verfolgen. Für ihn bestand das gleiche Grundrecht auf Bildung eben in der »allen gleichermaßen offenstehende(n) Chance zur Teilnahme an einem durchaus ungleichen Angebot«. Wenn sein Herz – von dem er weniger gerne sprach als von seinem Kopf – in besonderem Maße an der London School of Economics hing, an der er studiert hatte und deren Direktor er von 1974 bis 1984 war, so deshalb, weil sie es für ihn war, die in vorbildlicher Weise »das Bestehen auf höchster Qualität mit der Sorge um Arbeiterkinder und andere Benachteiligte verbindet«. Es ist denn auch kein Zufall, dass er »A History of the London School of Economics 1895-1995« (1995) als sein »Lieblingbuch unter all den Publikationen auf meiner Liste« bezeichnete.

Das dritte Gebiet, auf dem Ralf Dahrendorf nimmermüde um Brückenbau und die Überwindung von Grenzen bemüht war, war die Vermittlung von *Ost und West* im Prozess der europäischen Einigung nach dem Kollaps des Ostblocks. Die Ausdehnung des Raums der Freiheit nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Variante totalitärer Regimes erfüllte ihn mit einer unbändigen Freude, die er in diversen Schriften – z.B. »Der Wiederbeginn der Geschichte« (2004) und »Betrachtungen über die Revolution in Europa« (1990) – plastisch geschildert hat. Die »Reformation« in Mittel- und Osteuropa – ein Begriff, den er gerne von seinem Freund Timothy Garton Ash zur Kennzeichnung des Mitteldings von Revolution und Reform übernahm – verfolgte er nicht nur als engagierter Beobachter, sondern er knüpfte auch eifrig Bande mit zahlreichen Intellektuellen und Politikern in den Ländern jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Die Osterweiterung der Europäischen Union begriff er als eine Form der Vertiefung, weil sie den Geltungsbereich freier Selbstbestimmung vergrößerte und gemeinsame Interessen für ihn sichtbarer machte.

Waren die drei genannten Themen phasenspezifische Schwerpunktsetzungen, so beschäftigten ihn zwei weitere Probleme der Vermittlung und des Brückenbaus permanent. Hier ging es zum einen um die Vermittlung von Freiheit und Bindung bzw. Freiheit und Sicherheit, zum anderen um die Verbindung von Soziologie und Politik bzw. Wissenschaft und Praxis. Die Neuinterpretation des Verhältnisses von *Freiheit und Bindung* ist meines Erachtens der herausragende (und wohl auch

einzig) Fall einer klaren Wende und Selbstkorrektur im Werk Dahrendorfs. Wo der Autor des »Homo Sociologicus« noch in »jugendlichem Anarchismus« – so seine Selbstbezeichnung – von der »ärgerlichen Tatsache der Gesellschaft« gesprochen hatte und nach Freiheit *von* der Gesellschaft und ihren Rollenzwängen strebte, da suchte der Autor später in den »Lebenschancen« (1979) nach einem besseren Verständnis der Freiheit *in* der Gesellschaft. Mit Durkheim entdeckte er nun den Wert zwischenmenschlicher Bindungen oder »Ligaturen«, so dass ihm Optionen oder vielfältige Wahlmöglichkeiten nun nur noch als eine von zwei unabdingbaren Komponenten von Lebenschancen galten. Der Erfassung der spezifischen Kombination von Optionen und Ligaturen in konkreten Gesellschaften und Soziallagen wollte er nun sein sozialwissenschaftliches Interesse widmen, während er die Erweiterung von Lebenschancen als politische Aufgabe und wesentliches Kennzeichen von Fortschritt verstand.

In stärkerer politischer Zuspitzung betonte er in seinem Buch über »The Modern Social Conflict« (1988), dass zu den Optionen sowohl eine Angebotsseite der Sicherung von Auswahlmöglichkeiten gehöre – wozu Freiheitsrechte ebenso zählen wie vor allem durch den Markt eröffnete Konsumchancen – als auch eine Nachfrageseite der Gewährung von Anrechten und Zugangschancen, vor allem durch Staatsbürgerrechte. Den Hort sinn- und haltgebender Bindungen sah er vor allem in einer aktiven Bürgergesellschaft. Die erstrebenswerte Gesellschaft zeichnete sich für ihn nun durch die Kombination von Freiheit, Wohlstand und sozialem Zusammenhalt aus. Kennzeichnend für Dahrendorfs Liberalismus blieb aber, dass die Freiheits- und Entfaltungschancen in diesem Spannungsverhältnis für ihn stets den Vorrang hatten. Zwar »verachtete« er den bloß negativen Liberalismus etwa von Hayeks »Verfassung der Freiheit«, der »tatsächlich kaum etwas anderes ist als die Verteidigung der Positionsinteressen der Besitzenden«, aber er grenzte sich ebenso sehr von den deutschen Liberalen des Freiburger Programms ab, die ihm viel zu sehr »hinter dem sozialpolitischen Zug der Zeit hinterher« liefen. Der Sozialstaat galt ihm eher als ein neues Gehäuse der Hörigkeit, der es sich überdies schon lange nicht mehr leisten könne, die von ihm übernommenen Aufgaben zu finanzieren. Andererseits glaubte er, dass die rechtliche Gleichstellung der Staatsbürger unvollkommen bleiben muss ohne ein garantiertes Mindesteinkommen als Bürgerrecht, das er nun

wiederholt forderte. Unbeirrt für die Gleichheit der Chancen fechtend, sagte er der Egalisierung der Resultate ebenso unermüdlich den Kampf an und begegnete deshalb selbst der Gesamtschule (im Buch über Lebenschancen) mit großer Skepsis. Seine politische Grundformel lässt sich wohl als »so viel Freiheit wie möglich, so viel Gleichheit wie unbedingt nötig« zusammenfassen.

Das fünfte große Thema, bei dem Dahrendorf nach Brückenbildung trachtete, war sein »Lebensthema« des Verhältnisses von *Wissenschaft und Politik* bzw. Sozialwissenschaft und Werturteil, bei dem er immer wieder das Überschreiten von Grenzen ausprobierte. Zweifelsfrei fest stand für ihn die Maxime: »Der Sozialwissenschaftler muss mehr tun, als nur Sozialwissenschaften betreiben.« Sein Anspruch war es, »engagierter Beobachter« zu sein, also zu den Fragen der Zeit – von denen er sich »engagiert« beeindrucken ließ, statt nur hausgemachten wissenschaftlichen Problemen nachzugehen – Stellung zu beziehen, und dabei als öffentlich wirkender Intellektueller die Mentalitäten einer Generation mitzubestimmen. Wie die von ihm so geschätzten »Erasmier« – das sind Intellektuelle wie insbesondere Aron, Berlin und Popper, die in schweren Zeiten totalitären Versuchungen widerstanden – war er bestrebt, an den vorherrschenden öffentlichen Diskursen der Zeit nicht nur teilzunehmen, sondern »deren Thematik zu bestimmen und deren Richtung zu prägen«. Die Frage, ob er dann noch als Soziologe oder in anderer Rolle agiere, hat ihn wohl wenig beschäftigt, und auch professionellen Diskursen über die Diagnosefähigkeit der Soziologie galt sein Interesse nicht. Wie sein Beitrag zum Sammelband (bzw. der ursprünglichen ZEIT-Serie) »Wozu heute noch Soziologie?« (1996) zeigt, zählte er die akademische Soziologie nicht (mehr) zu einer öffentlichen Wissenschaft, »die uns hilft, die Umstände der Zeit, in der wir leben, besser zu verstehen«. Er stellte fest: »Es gibt bürokratische Wissenschaft, und es gibt diejenigen, die rittlings auf der Grenze zwischen Wissenschaft und Anwendung, Erkennen und Werten sitzen, und die beiden Gruppen finden sich nicht mehr am selben Ort.« Das lakonische Fazit im Titel seines Beitrags lautete: »Die bunten Vögel wandern weiter.«

Zu fragen ist, inwiefern ein derartiges Verständnis von öffentlich engagierter und öffentlich wirkender Sozialwissenschaft lehrbar und erlernbar ist und ob Minderbegabte nicht getreu dem Motto »Schuster, bleib bei

deinen Leisten« besser damit fahren, bei der mehr oder minder zünftischen Ausübung ihres Handwerks zu bleiben. Nicht jeder Maler ist ja ein Kunstmaler. Dahrendorf betonte, dass die von ihm bewunderten »Erasmier« zwar Anhänger, aber keine Schüler hatten und eher Einzelgänger waren. Das galt in mancherlei Hinsicht auch für ihn. Zwar hat er allerlei professionelle Forschung bei Schülern und Assistenten aktiv angeregt und auf den Weg gebracht – zunächst die Bildungs- und Elitenforschung in Tübingen und Konstanz, später die Mobilitäts- und z.T. auch die Modernisierungsforschung in Konstanz –, aber sein eigenes Denken hat diese Forschung nicht erkennbar beeinflusst. So findet sich in seinen Schriften so gut wie keine Spur seiner ehemaligen »Schüler«, von denen es kaum einer schaffte, jemals von ihm zitiert zu werden, obwohl zu dieser Gruppe international bekannte Professoren wie Peter Flora, Karl Ulrich Mayer oder Walter Müller zählen. Einzig Wolfgang Zapfs Arbeiten hat der Meister gelegentlich in dieser oder jener Fußnote mit einer Erwähnung bedacht.

Dies unterstreicht zum einen die Frage, ob die von Ralf Dahrendorf präferierte Form der Soziologie lehrbar ist und führt zum anderen noch einmal zurück zum Begriff der Grenzen und ihrer Überbrückung. Zum Brückenbau über Grenzen gehört ja auch die Anerkennung von Grenzziehungen. Hier hat nun Dahrendorf keinen Zweifel daran gelassen, dass Grenzen seines Erachtens zwar durchlässig sein müssen, dass sie andererseits aber auch »ein willkommenes Element von Struktur und Bestimmtheit« darstellen. Während er eine Welt mit geschlossenen Grenzen als ein Gefängnis ansah, galt ihm eine Welt ohne Grenzen als Wüste.

Diese Einstellung manifestierte sich auch im persönlichen Kontakt mit ihm. Auch wenn er seine Schriften »in herzlicher Zuneigung« widmen mochte, gab es doch eine klare Grenzziehung zwischen denen, die tatsächlich zu seinem sozialen Verkehrskreis zählten – wie Timothy Garton Ash oder Fritz Stern – und jenen, die er zwar lange Jahre kannte, mit denen der Kontakt aber auf Distanz blieb. Dass er selbst »eine gewisse Förmlichkeit« als zu seinem Stil gehörend bezeichnete, ist schon erwähnt worden. Für mich war stets beeindruckend, wie er zu dieser Förmlichkeit nicht nur sich selbst, sondern auch andere immer wieder zu disziplinieren vermochte. Während ihn selbst schwere gesundheitliche Probleme in den

letzten Jahren zwar beuteln, nicht aber in seinem Publikationsdrang bremsen konnten, haben sich auch arrivierte Akademiker in seiner Gegenwart ganz offensichtlich unter Druck gesehen, sich eines Argumentationsstils zu befleißigen, mit dem sie auf seine Billigung hoffen konnten. Diese Disziplinierungsleistung nach innen und außen in den letzten Jahren zu erleben, war ungemein beeindruckend.

Kommen wir zum Schluss noch einmal auf den Menschen Dahrendorf zurück. In seiner »Tugendlehre der Freiheit« im Buch über »Versuchungen der Unfreiheit« (2006) preist er den Mut zur Wahrheit, das angemessene Urteil mit einem Sinn für Gerechtigkeit, die Besonnenheit des engagierten Beobachtens und die Weisheit der leidenschaftlichen Vernunft als Kardinaltugenden. Nicht die Rede ist davon, dass der sich öffentlich Äußernde noch vor dem Mut zur Wahrheit das Selbstbewusstsein haben muss, das ihn innerlich zur Wortmeldung in öffentlicher Rede mit dem Anspruch auf »Prägung von Mentalitäten« autorisiert. Wir alle, die wir ihn als Studenten kannten, haben stets unterstellt, dass es ihm daran in keiner Weise mangelte. Das mag so sein, und die Nachrufe in britischen Zeitungen lassen in der einen oder anderen Form nicht unerwähnt, dass »he was not short of self esteem« (so der Economist). Oft ist die Wirklichkeit – auch die innerpsychische – allerdings doch etwas komplexer. Wer ihn länger kannte, wusste, wie bemerkenswert nervös er vor Vorträgen war. Als er selbst 1952 bei einem Schwächeanfall bereits sein Ende nahen fühlte, schrieb er seine Gedanken noch in Gedichtform auf und nannte unter den offen gebliebenen Wünschen, »manchmal gewiss sein« zu können. An anderer Stelle seiner Autobiographie spricht er von Phasen des Selbstzweifels und der Ablenkungen, »wie das den meisten von uns gelegentlich zustößt.« Umso bemerkenswerter ist es, wie sehr er ein Leben lang erfolgreich die Oberhand über derartige Anfechtungen behielt und selbst noch im Juni kurz vor seinem Tod Aufsätze über die Ursachen der Finanzkrise publizierte.

Als er 1993 als Baron of Clare Market in the City of Westminster zum Lord und Mitglied des britischen Oberhauses ernannt wurde, waren wir ehemaligen Konstanzer einmal mehr stolz auf ihn. Weil er es aber war, der uns mit Max Weber gelehrt hatte, das Streben des deutschen Bürgertums nach der Nobilitierung des Kapitals durch Fideikommiss-erwerb in Frage zu stellen, fiel es uns schwer, die Nobilitierung seines

Bildungskapitals in England durch die korrekte Anrede des nunmehr englischen Staatsbürgers mit dem Lordtitel auch in deutscher Sprache anzuerkennen, so dass viele von uns auf Deutsch an der bürgerlichen Anrede als »Herr Dahrendorf« festhielten. Ob wir für ihn damit Grenzen dort, wo sie zu respektieren gewesen wären, verletzt haben und es an der gebührenden und von ihm so geschätzten Förmlichkeit fehlen ließen, ist zwischen uns nie erörtert worden, aber seine stets gleich bleibende Freundlichkeit ließ auf keine Irritation schließen.

Im Licht der Dahrendorfschen Konflikttheorie hieße es nun fast schon der von ihm gezeißelten deutschen »Sehnsucht nach Synthese« zu verfallen, wollte man verschweigen, dass es auch über die Befangenheit hinsichtlich der korrekten Anrede hinaus durchaus einige Spannungen gab. Während er es war, der uns auch in den wilden Zeiten der Studentenunruhen fest und auf Dauer die Bindung an die freiheitliche Demokratie vermittelt hatte, schlug sein Herz doch immer spürbar mehr für die Freiheit und weniger für die Sicherheit als das der meisten seiner Anhänger. So zählten zum von ihm so emphatisch bejahten »Westen« der Aufklärung stets die Marktgesellschaften Englands und der USA, weniger erkennbar aber die Staatsbürgergesellschaft Frankreichs. Im Gegensatz zu manchen anderen Liberalen wollte er den Markt nicht nur als Strukturprinzip für die Wirtschaft gelten lassen, sondern durchaus auch auf die Gesellschaft ausgedehnt wissen, so dass er gegen den Begriff »Marktgesellschaft« – anders als z.B. George Soros – nichts einzuwenden hatte. Die USA galten ihm nicht wie vielen anderen – darunter S.M. Lipset, der den »American exceptionalism« als »double-edged sword« charakterisierte – als Inbegriff der Ambivalenz (etwa im Sinne der Verbindung von formaler demokratischer Gleichheit und fast atemberaubender sozialer und politischer Ungleichheit), sondern eindeutig und vorbehaltlos als Hort der »angewandten Aufklärung«. So nahm er auch im Jahr 2003 eindeutig für den Irakkrieg Stellung, den er – unter anderem in einer Rede zur Verteidigung der Entscheidung Tony Blairs im House of Lords – unterstützte, weil er die entscheidende historische Analogie nicht – wie Fareed Zakaria in seinem Buch »The Post-American World« (2008) – im Burenkrieg sah, der 1902 mit einem den Niedergang des britischen Empire einleitenden Pyrrhussieg der Briten endete, sondern im Fehler der britischen Appeasement-Politik von 1938, die Hitler den Weg geebnet hatte.

Die letztgenannte, mehr mit Gewissheit als mit Zweifel bekundete Entscheidung hatte auch – neben einigen kleineren Meinungsverschiedenheiten über das adäquate Rollenspiel von Soziologen, die nicht ähnlich wie er zum öffentlichen Intellektuellen berufen sind – unser persönliches Verhältnis in jüngster Zeit ein wenig überschattet. Im Rückblick wird aber deutlich, dass es sich dabei letztendlich doch um Petitesse handelte, die das früh geknüpfte Band allenfalls ein wenig lockern, keinesfalls aber lösen konnten. Viel wichtiger und Weichen stellend war, dass er – neben Fritz Bauer und Willy Brandt – zu denen gehörte, die mir wie vielen Angehörigen meiner unmittelbar nach Kriegsende oder kurz zuvor geborenen Generation mit seinem öffentlichen Wirken das Heimischwerden im schwierigen Vaterland des Nachkriegsdeutschland entscheidend erleichtert haben. Auch dafür werde ich ihm immer dankbar sein. Gerne hätte ich ihm das noch geschrieben oder gesagt, und ich glaubte fälschlich, dafür noch ausreichend Zeit zu haben. Manchmal zögert man zu lange. Die Lücke, die Ralf Dahrendorf an den vielen Orten seines Wirkens hinterlässt – in der Soziologie, im Liberalismus, in den zahlreichen Einrichtungen, die er bis zuletzt als engagierter Beobachter und »Erasmier« beriet –, wird nicht zu schließen sein.

Jens Alber

Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Zeitschriftenjahrgangs 2008

Zum achtundzwanzigsten Mal wurden durch eine Jury die Preise der Fritz Thyssen Stiftung für die besten sozialwissenschaftlichen Aufsätze in deutscher Sprache vergeben. Dies ist der einzige Zeitschriftenpreis in den Sozialwissenschaften außerhalb des englischsprachigen Bereichs. Der Preis wurde von Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin K. Scheuch initiiert und wird seit Beginn im Jahre 1981 durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert und durch das Forschungsinstitut für Soziologie (bis 2006 durch das Institut für Angewandte Sozialforschung) koordiniert.

Die Auswahl der Arbeiten erfolgt in zwei Stufen. Die Herausgeber und Redakteure von fünfzehn deutschsprachigen Zeitschriften schlagen jeweils bis zu zwei Aufsätze vor, die anschließend von einer Jury begutachtet werden. Die am Verfahren beteiligten Zeitschriften sind: Berliner Journal für Soziologie, Geschichte und Gesellschaft, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Leviathan, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Politische Vierteljahresschrift, Swiss Political Science Review (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft), Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Sociologia Internationalis, Soziale Systeme, sozialer sinn, Soziale Welt, Zeitschrift für Politik, Zeitschrift für Soziologie.

Mitglieder der Jury sind zurzeit: Prof. Dr. Jens Alber (Wissenschaftszentrum Berlin), Prof. Dr. Rainer Geißler (Universität Siegen), Prof. Dr. Ralf Jessen (Universität zu Köln), apl. Prof. Dr. Gertrud Nunner-Winkler (Pullach), Prof. Dr. Heiner Meulemann (Universität zu Köln, Vorsitzender), Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Hans Georg Soeffner (Universität Konstanz / KWI Essen), Prof. Dr. Johannes Weiß (Universität Kassel).

Für das Jahr 2008 wurden von den Zeitschriftenredaktionen 24 Arbeiten zur Prämierung vorgeschlagen. In ihrer Sitzung am 10. Juli 2009 entschied die Jury, für diesen Jahrgang keinen ersten Preis, den zweiten und dritten Preis jedoch jeweils doppelt zu vergeben. Die Preisträger des Zeitschriftenjahrgangs 2008 sind:

Die beiden zweiten Preise (jeweils dotiert mit 1.000 Euro) erhalten:

Katrin Auspurg (Konstanz), *Thomas Hinz* (Konstanz) und *Jürgen Güdler* (Bonn): »Herausbildung einer akademischen Elite? Zum Einfluss der Größe und Reputation von Universitäten auf Forschungsförderung« (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 60, Heft 4, S. 653-685)

und

Ferdinand Müller-Rommel, *Philipp Harfst* und *Henrike Schultze* (alle Lüneburg): »Von der typologischen zur dimensionalen Analyse parlamentarischer Demokratien: konzeptionelle Überlegungen am Beispiel Mittelosteuropas« (Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49, Heft 4, S. 669-694)

Die beiden dritten Preise (dotiert mit jeweils 500 Euro) erhalten:

Christoph Deutschmann (Tübingen): »Die Finanzmärkte und die Mittelschichten: der kollektive Buddenbrooks-Effekt« (Leviathan, Jg. 36, S. 501-517)

und

Adrian Vatter (Zürich): »Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007« (Swiss Political Science Review – Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 14, Heft 1, S. 1-47)

Zur Begründung führte die Jury u.a. aus:

Durch das Fehlen eines überragenden Aufsatzes wurde für den Zeitschriftenjahrgang 2008 ein erster Preis nicht vergeben. Infolge der als qualitativ gleichwertig angesehenen Beiträge gab es schließlich für die zweite und dritte Preisstufe jeweils zwei Autorengruppen bzw. Autoren.

Mit einem der beiden zweiten Preise wurde eine wissenschaftssoziologische Arbeit der Autoren Auspurg, Hinz und Güdler ausgezeichnet. Der Beitrag beabsichtigt eine empirische Überprüfung von Hypothesen zum Einfluss der Größe und Reputation von Universitäten auf die Chancen zur Bewilligung von Forschungsgeldern der bei ihnen beschäftigten Wissenschaftler. Die Arbeit basiert auf der Auswertung des Antragsverfahrens der Einzelförderung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die in den Jahren 1992 bis 2004 eingereichten Forschungsanträge. Die Autoren setzen sich dabei kritisch mit Überlegungen und Thesen auseinander, mit denen

Richard Münch im Jahre 2007 Aufsehen erregte. Münch postulierte damals, dass die Verteilung von Forschungsgeldern nicht dem Leistungsvermögen der Antragsteller entspricht, sondern eher etwas mit der Größe von Institutionen und deren Reputation zu tun hat.

In der Auseinandersetzung mit den theoretischen Überlegungen von Münch und unter Berücksichtigung der einschlägigen Literatur entwickeln die Autoren insgesamt zehn Hypothesen zum Verhältnis von Institutionen-größe und Reputation zu den Chancen, Drittmittel bei der DFG einzuwerben. Auf eine kritische Betrachtung der empirischen Auswertungen bei Münch und der Schilderung der eigenen Datengrundlage und Methodik folgt im Hauptteil des Aufsatzes eine saubere und professionell durchgeführte empirische Überprüfung der Hypothesen mit Hilfe multivariater Analyseverfahren. Dabei geht es im Wesentlichen um die Untersuchung des Einflusses von Kontextmerkmalen auf die Bewilligungschancen einerseits und der Personalbestände auf die Antragsaktivitäten andererseits.

Die Ergebnisse sind dann sehr eindeutig. Für die meisten, in Anlehnung an Münch rekonstruierten Hypothesen findet sich keine oder nur eine schwache Evidenz. Die Kontextfaktoren Größe und Reputation spielen für die individuellen Bewilligungschancen keine bedeutende Rolle. Einzig Wissenschaftler an Traditionsuniversitäten haben eine leicht erhöhte Bewilligungswahrscheinlichkeit und ostdeutsche Hochschulen sind tendenziell weniger erfolgreich. Auf Aggregatebene ist zudem eine Konzentration von Antragstellungen und Bewilligungen auf einzelne Universitäten im Zeitverlauf nicht erkennbar. Es besteht allerdings eine deutliche Ungleichverteilung *erfolgreicher* Anträge zwischen den Hochschulen, dessen Niveau aber über die untersuchten 14 Jahre konstant ist. Für das im Aufsatz betrachtete Normalverfahren der DFG kann also konstatiert werden, dass es weitgehend den wissenschaftsinternen Normen folgt und nicht durch Machtkartelle und Vetternwirtschaft geprägt ist.

Der Aufsatz zeichnet sich nach Meinung der Jury durch seine sachlich fundierte und eingehend begründete Kritik an den Thesen Richard Münchs aus. Er ist in seiner Thematik aktuell und bleibt trotz seines methodisch hohen Niveaus verständlich in der Argumentation. Obwohl die Jury die inhaltliche Beschränkung der Datenbasis auf das Normalverfahren nicht nachvollziehen kann, erscheint ihr diese Arbeit in ihrer gesamten Durchführung und in ihrem argumentativem Duktus einen Typ von sozialwissenschaftlichem Aufsatz zu repräsentieren, der zu Recht mit einem zweiten Preis ausgezeichnet werden konnte.

Mit einem weiteren zweiten Preis wird ein politikwissenschaftlicher Aufsatz ausgezeichnet, der nach Ansicht der Jury sowohl in seinen konzeptionellen Überlegungen als auch in seinen regionalen Bezügen neue Wege für die vergleichende Demokratieforschung beschreitet. Es geht dabei um die Frage, wie die Leistungsbilanz des Regierungshandelns durch eine Verbindung von institutionellen Strukturen und dem Verhalten politischer Akteure erklärt werden kann. Die Arbeit von Müller-Rommel, Harfst und Schultze kann in der Auseinandersetzung mit der typologischen Analyse in der Tradition von Lijphart und seiner Weiterentwicklung durch Ganghof zeigen, dass dieses Verfahren aus theoretischen und methodischen Gründen nicht geeignet ist, die Demokratiemuster eines Landes zu bestimmen. Die Autoren schlagen stattdessen eine dimensionale Analyse parlamentarischer Demokratien vor. Sie legen in einer breit angelegten empirischen Analyse für die jungen Demokratien Mittelosteuropas dar, welche Wirkungen ein dreidimensionales Demokratiemuster entfalten kann und wie diese drei Dimensionen aufeinander bezogen sind.

Die formal-institutionellen Strukturen bilden dabei mit den durch das Wahlsystem bestimmten elektoralen Entscheidungsregeln (Sperrklauseln) und mit den das Regierungssystem beschreibenden legislativen Entscheidungsregeln (Existenz von Vetoinstitutionen: Zweikammersystem/ Föderalismus, Macht des Präsidenten, Kompetenz einer Verfassungsgerichtsbarkeit und direktdemokratische Strukturen) die beiden ersten Dimensionen. Die dritte Dimension wird durch die jeweilige Akteurskonstellation (Stärkeverhältnis zwischen Regierung und Opposition, Zahl der Regierungsparteien und Ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien) beschrieben.

Die Befunde zeigen dann, dass das von den Autoren vorgeschlagene Konzept mehrdimensionaler Demokratiemuster den bislang verwendeten typologischen Konzepten besonders deshalb überlegen ist, weil es nicht nur in der Lage ist, »reine Demokratiemuster« abzubilden, sondern auch verschiedene Mischformen und Kombinationen identifizieren kann. Die Arbeit ist damit nach Ansicht der Jury ein wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung eines stärker ausdifferenzierten Musters, das, worauf die Autoren zu Recht verweisen, in der zukünftigen Forschung in einen systematischen Zusammenhang mit den Performanzdaten der einzelnen Länder gebracht werden müsste. Der Aufsatz führt in diesem Sinne und im Kontext anderer Arbeiten der Autoren die vergleichende Demokratiefor-

schung einen entscheidenden Schritt weiter und wurde daher mit einem zweiten Preis ausgezeichnet.

Der mit einem der beiden dritten Preise ausgezeichnete Aufsatz von Deutschmann befasst sich mit einem brandaktuellen ökonomischen Thema aus (wirtschafts-)soziologischer Perspektive, nämlich der Krise auf den globalen Finanzmärkten. Der Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags des Autors auf dem letztjährigen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena. Leider ist dieser Ursprung an einigen Stellen des Textes noch deutlich spürbar.

Zunächst weist der Verfasser darauf hin, dass die gegenwärtige Krise im Prinzip nichts Überraschendes hat. Sie ist historisch, mit Ausnahme ihres globalen Charakters und ihres auch damit zusammenhängenden Ausmaßes, nicht einzigartig und hat eine Reihe von Komponenten mit ihren Vorläufern gemeinsam: Finanzmärkte sind anfällig für externe Irritationen, durch die Hebelwirkung von Krediten werden Ungleichgewichte verstärkt, professionelle Anleger (Insider) gehören in der Regel zu den Gewinnern von Krisen, das breite Publikum (Outsider) zu den Verlierern und letztlich sind die Akteure auf diesen Märkten lernunfähig. Daher ist es das Ziel des Autors, »jenseits der konkreten Mechanismen des aktuellen Crashes nach den längerfristigen sozialstrukturellen Trends und Strukturveränderungen zu fragen, die hinter der heutigen Krise ... stehen«. Der Autor nutzt dafür im weiteren Verlauf seiner Argumentation das soziologische Erklärungsmodell nach Coleman, Lindenberg und Esser, um die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre theoretisch in den Griff zu bekommen.

Im Anschluss an diesen im Großen und Ganzen überzeugenden Versuch, das Handeln der Akteure an den internationalen Finanzmärkten theoretisch zu fundieren, kommt der Autor zu einigen bemerkenswerten Schlussfolgerungen. Der egozentrische Glaube aller Anleger auf ein Naturrecht auf Rendite führt zu einem in hohem Maße widersprüchlichen Handeln, das gekennzeichnet ist durch die völlige Entkopplung im heutigen Finanz-Kapitalismus von Eigentum und unternehmerischer Tätigkeit. Es werden Kapitalerträge erwartet, ohne aber unternehmerische Risiken eingehen zu wollen. Der Unternehmer wird vom Rentier verdrängt, der sich keine Gedanken darüber macht, wer bei schrumpfender Bevölkerung und schwindenden individuellen Aufstiegschancen noch als starker Schuldner in Frage kommen könnte. Wir haben es also nicht mit einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung zu tun, sondern mit einer Degeneration des

Kapitalismus, die zu Zusammenbrüchen und gesellschaftlichen Krisen führen musste. Der Autor plädiert abschließend ganz im Sinn von Keynes für politische Eingriffe, um den ungezügelter Aufbau übermäßiger Vermögen und die daraus resultierenden Krisen zu verhindern. Dies würde letztlich auf eine Stärkung des öffentlichen Sektors hinauslaufen und auf eine angemessene und wirksame Besteuerung der Vermögen und der Finanzmarktumsätze.

Die Jury würdigt diese lesenswerte Arbeit auf Grund ihrer prägnanten und überzeugenden Argumentation und ihrer großen Aktualität mit einem dritten Preis.

Mit einem weiteren dritten Preis zeichnet die Jury mit der Arbeit von Vatter wiederum einen politikwissenschaftlichen Aufsatz aus, der thematisch gleichfalls in der vergleichenden Demokratieforschung angesiedelt ist und wie schon die Arbeit des Autorenteams Müller-Rommel et al. die Theorie der Demokratiemuster des niederländisch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Lijphart zum Ausgangspunkt der Überlegungen nimmt.

Im Zentrum des Aufsatzes steht die Beantwortung der Frage, »ob die schweizerische Demokratie auch nach den teilweise einschneidenden Veränderungen der letzten Jahre weiterhin als Extrembeispiel einer föderalen Konsensusdemokratie im Sinne von Arend Lijphart betrachtet werden kann oder sich in neuester Zeit eher in Richtung einer »durchschnittlichen Konsensusdemokratie bewegt hat«.

Nachdem sich der Autor eingangs mit dem theoretischen Konzept der Konsensusdemokratie befasst hat, stellt er im Hauptteil seiner Arbeit das Forschungsdesign und sein methodisches Vorgehen vor. Dabei wird in einem ersten Schritt eine Re-Analyse von Lijpharts Konzept für die Schweiz unter Verwendung von zehn komplexen Strukturmerkmalen zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensusdemokratien vorgenommen. In einem zweiten Schritt werden die erhobenen und kodierten Indikatorenwerte zu im Forschungsgebiet anerkannten Indizes zusammengefasst, standardisiert und den beiden Machtteilungsdimensionen zugeordnet. Im dritten und letzten Schritt erfolgt dann die Verortung dieser Werte in der zweidimensionalen Demokratiekarte von Lijphart, um die Schweiz auf der Achse der Mehrheits-Konsensusdemokratien zu lokalisieren.

Als Ergebnis seiner umfangreichen Analysen kommt der Verfasser schließlich zu dem Schluss, dass trotz der Veränderungen auf der politisch-

institutionellen Ebene das politische System der Schweiz zwar immer noch starke Züge einer Konsensusdemokratie erhalten hat, aber in neuester Zeit deutliche Tendenzen nachweisbar sind, die in die Richtung einer Verhandlungsdemokratie zeigen. Die Schweiz nähert sich damit den übrigen kontinentaleuropäischen Demokratien. Sie ist kein Extremfall mehr, sondern auf dem Weg zum Normalfall einer Konsensusdemokratie, in dem der Konsens und die Konkordanz unter verstärkten Wettbewerbsbedingungen eine für die Schweiz neue und ungewohnte Erfahrung darstellen.

Mit diesem Aufsatz kann der Autor zeigen, welche ertragreichen Analysen mit Daten jenseits der Umfrageforschung und mit einigem erhebungstechnischen Aufwand möglich sind. Er schneidet sowohl auf theoretischer Ebene als auch auf der Ebene der praktischen Politik aktuelle und kontrovers geführte Themen an und argumentiert durchweg stringent und verständlich. Die Jury erkannte diesem Aufsatz daher einen weiteren dritten Preis zu.

Karl-Wilhelm Grümer

Habilitationen

PD Dr. Katharina Inhetveen hat sich am 8. Juli 2009 am Fachbereich 1 der Universität Siegen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers. Macht, Organisation und politische Akteure am Beispiel zweier Lager in Sambia«. Der Habilitationsvortrag hatte das Thema »Geschrei und gute Wirkungen. Zur Gewalt bei Niccolò Machiavelli«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Professions and professionalism in times of global economic crisis: Changes and continuities

6th Interim Meeting of the European Sociological Association, Research Network 19 »Sociology of Professions«, Paris, 22 to 24 April 2010

By shedding light on the weaknesses of market logics and the difficulties met by public authorities – national or supranational - in their attempts to regulate the markets, the current global economic crisis invites us to consider with renewed interest the place of professions in European societies. Do (or will) the limits of the two other logics leave a wider place in our societies for this »third logic« – to use Freidson's phrase? In fact, this crisis happens as most professions seem to be faced by external changes which might put their autonomy to control the content of their work, the training of their members or their relationships with the state in jeopardy. These changes deserve studying because they have to do with the supply of services crucial to social life, in areas such as care, medical services, teaching and the legal structure. But because of their complexity and variety, further work is needed to understand what is precisely at stake, what the extent of the phenomenon is and what kind of configurations of states-markets-professions these changes might lead to. Reflections linking the study of professions with their contexts of work and action at micro, meso and macro levels are required.

The meeting will give researchers an opportunity to investigate further these questions. One of its purposes will be to contribute to a wider reflection on the relationship between knowledge and power in our societies, and the changes occurring in the education and management of highly qualified human resources.

Contributions dealing with the following themes will be especially appreciated: comparison between professions or between states; state and supranational regulations; the interferences of the logic of commercial service with more specific professional regulation of work; and the share of power between managers and professionals... For instance, to what extent can we say that professionals are losing some of their former knowledge-based power? Where does this power go to and how is it used?

In addition to these issues, the evolution of professionalism invites us to investigate more deeply what is precisely at stake in professional work. Two other directions are suggested. The first one concerns the epistemic consequences of the threats. Of what exactly has the cognitive autonomy of professionals consisted in the past and where is it going in the future? How is it modified by the current changes? How do professionals adapt to them? Do these changes allow the intra-generational transmission of professional cultures and the sense of classical professionalism? More specifically, is knowledge itself – often produced or improved through professional work – at stake? The second direction suggested concerns the present consequences for actors other than professionals. How can sociologists investigate the consequences for their clients? How are public policies affected? Other proposals dealing with the place of professions in society and the consequences of current societal changes will also be examined at the meeting.

The deadline for submitting an abstract of no more than 250 words is **31 October 2009**. Please send your abstract by email to:

Florent Champy
champy@ehess.fr

Sirpa Wrede
sirpa.wrede@helsinki.fi

Akteur – Individuum – Subjekt: Fragen zu »Personalität« und »Sozialität«

Arbeitstagung der Arbeitsgruppe Soziologische Theorie (AST),
Universität Oldenburg, 29. und 30. Januar 2010

Es ist üblich in der Soziologie – insbesondere in Ansätzen mit handlungstheoretischer Ausrichtung –, von Akteuren, Individuen, Subjekten oder Personen auszugehen. Sozialitätskonzeptionen werden vielfach auf der Grundlage der Vorstellung rational bzw. bewusst handelnder Akteure entfaltet. Der Bereich des Sozialen wird als eine Folge der Wechselbeziehungen zwischen den sozialen Individuen und der daraus entstehenden Dynamiken und Strukturierungseffekte begriffen. So selbstverständlich diese Beschreibung klingen mag, so wenig scheint geklärt, auf welchen Voraussetzungen die Sozialitätskonzeptionen basieren. Wenn in den unterschiedlichen Ansätzen von Akteuren oder Individuen die Rede ist, was verbirgt sich genau hinter diesen Begriffen?

Das Ziel der Tagung ist es, die Personalitätstermini der verschiedenen soziologischen Ansätze zu beleuchten und deren Verhältnis zueinander zu erörtern. Es soll thematisiert werden, welche unterschiedlichen Modelle zur Anwendung kommen und welche Annahmen hierbei konzeptionell mit einfließen, um in einem zweiten Schritt herausarbeiten zu können, welche Differenzen oder Überschneidungen die einzelnen Personalitätskonzeptionen aufweisen.

Insbesondere der Akteurbegriff findet in der Soziologie eine breite Verwendung, sodass zu klären wäre, ob nur von einer übereinstimmenden Wortverwendung oder auch von einer Bedeutungsgleichheit auszugehen ist. Wie sind die Einheiten, denen Handlungen zugerechnet werden, in der Weberianischen Soziologie etwa im Unterschied zu den Theorien der rationalen Wahl oder der phänomenologisch fundierten Soziologie – um nur einige Ansätze zu nennen – konzipiert? Stehen diese Auffassungen im Einklang mit dem Subjektbegriff bei Mead? Wenn von einer akteurzentrierten Soziologie die Rede sein soll, erscheint eine derartige Verständigung sinnvoll. Weiter wäre interessant zu beleuchten, wie die korporativen Akteure etwa im Neo-Institutionalismus im Verhältnis zu den »natürlichen« Akteuren (raw actors) einzuschätzen sind und in welchem Verhältnis diese zu den übrigen Verständnisweisen von Akteuren stehen.

Anders als in methodologisch-individualistischen Ansätzen wird etwa in der Systemtheorie Luhmanns das Soziale als emergente Realität mit einer spezifischen Eigenlogik aufgefasst, sodass die Leistungen der individuellen Träger in der Betrachtung sogar vernachlässigt werden können. Im Anschluss daran ließe sich fragen: Kann gänzlich auf einen Akteurbegriff verzichtet werden oder muss nicht vielmehr jede soziologische Theorie notwendigerweise ein solches Konzept mitführen, wenn dieses auch implizit bleiben mag?

Bei der Frage der Beschaffenheit der sozialen Einheiten wäre zu klären, welche Formen von Bewusstseinstätigkeiten und kognitiven Fähigkeiten angenommen werden (müssen) und ob etwa biologisches Wissen mit einfließt. Besonders bedeutsam ist hierbei, welchen Einfluss Menschenbilder haben. Liegt die Annahme vor, dass nur Menschen als Akteure infrage kommen? In diesem Fall sollten die anthropologischen Grundannahmen nicht unreflektiert bleiben, sondern Gegenstand einer Auseinandersetzung werden, um deren methodologische Bedeutung transparent zu machen (wie bspw. bei Esser oder Lindenberg).

Ob darin eine konsensuell geteilte Grundannahme gesehen werden kann, wäre etwa zu diskutieren vor dem Hintergrund der Veränderlichkeit von Personalität, die sich in historisch-vergleichender Perspektive erkennen lässt. Da zudem durch Entwicklungen in den Bereichen der Lebenswissenschaften und Technologien anthropologische Gewissheiten verunsichert werden, auf die implizit oder explizit rekurriert wird, wäre als ein weiteres Problem zu erörtern, wie in Gesellschaften der Kreis sozialer Personen begrenzt wird.

Verschiedene Ansätze haben sich bereits für solche Fragen sensibilisiert gezeigt. Beispielhaft sei die Kritik an der Anthropozentrik der Soziologie genannt, die in der phänomenologischen Wissenssoziologie (Luckmann), den Science and Technology Studies (insb. Latour) und ausgehend von Plessners Konzept der Mitwelt geübt wird. Reichen die bestehenden Konzepte jedoch aus, um den Bereich des Sozialen reflexiv in den Blick nehmen zu können, oder muss der soziologische »Werkzeugkasten« erweitert werden? Lässt sich die Frage, wer als soziales Wesen anzusehen ist, mit Zuschreibungskonzepten lösen oder bieten sich Alternativen (etwa mittels Anerkennung)? Sollte das dabei verwendete elementare Konzept von Sozialität eine dyadische oder triadische Struktur haben?

Der Impuls für das Thema der Tagung kam aufgrund des beobachteten verstärkten Interesses an Fragen zu ›Personalität‹ und ›Sozialität‹ zustande, wie verschiedene Tagungen in der jüngsten Vergangenheit und auch der Soziologiekongress in Kassel 2006 belegen. Diese Entwicklung der letzten Jahre ist begrüßenswert, weil die systematische Selbstvergewisserung der sozialtheoretischen Grundlagen einen konstruktiven (inner-soziologischen) Dialog fördert und nicht zuletzt so die Professionalisierung der Disziplin vorantreibt. Mit der Veranstaltung soll angestrebt werden, an bestehende Diskussionen anzuknüpfen und den Austausch zu sozialtheoretischen Grundlagenfragen zu vertiefen. Die von Nico Lüdtke, Hironori Matsuzaki, Rainer Greshoff und Gesa Lindemann organisierte Veranstaltung ist als diskussionsorientierter Workshop konzipiert, das heißt:

- Vorträge in der Form kurzer Statements von max. 5 min., damit für die anschließende Diskussion genügend Zeit (ca. 30 min.) gesichert ist;
- zur Förderung eines konstruktiven Dialogs wird jede/r Vortragende um ein 3–5seitiges Papier gebeten, das zuvor an alle Teilnehmer/innen der Tagung verschickt wird und als Diskussionsgrundlage dient;
- um die Verteilung der Diskussionspapiere zu gewährleisten, wird jede/r Teilnehmende/r um eine vorige Anmeldung bis 10. Januar 2010 (mit Angabe einer Email-Adresse) gebeten.

Vorschläge für Beiträge im skizzierten Themenspektrum (max. 1 Seite) bis **31. Oktober 2009** an:

Nico Lüdtke
nico.luedke@uni-oldenburg.de

Hironori Matsuzaki
hironori.matsuzaki@uni-oldenburg.de

Vulnerability, Risk and Complexity: Impacts of Global Change on Human Habitats

21st IAPS conference, Helmholtz Centre for Environmental Research (UFZ), Leipzig, 27 June to 2 July 2010

In accordance with the mission of the International Association People Environment Studies (IAPS), the conference will address the study of the interrelations between the social, the built and the natural environment and the impacts on them by what is called »global change«. This includes climate impacts, environmental risks, but also new demographic challenges and uneven economic developments. Human habitats are facing social, economic, man-made, natural and climate-induced risks, and they are vulnerable to a variety of crises and stresses. These new and complex challenges encourage looking for new scientific approaches directing on comprehensive and integrative problem solutions that can help to strengthen local and social resilience. Hence, sophisticated theories, innovative methods and appropriate empirical foundations are needed. Research should ideally integrate the social, natural and engineering or planning sciences and should work in a transdisciplinary manner. This includes the close collaboration with representatives of the civil society, such as Local Agenda 21 initiatives, the economy, the private sector, NGOs and political decision makers. The conference will be interested primarily in urban areas and regions which have to cope with processes of simultaneous shrinkage and growth.

The contributions should address at least one of the following essential questions:

- What does global change imply locally for people-environment relations?
- Vulnerable places and vulnerable people: How do climate, environmental, demographic and economic changes interact?
- Are cities specific »risk habitats« in the course of global change, and are they especially affected?
- How can be ensured the liveability and functionality of human habitats under the conditions of global change?

Contributions are expected to present research that relates to any of the following conference topics:

- 1.a Vulnerabilities of human habitats and ecosystems to global change
- 1.b Impacts of extreme weather events on communities: preparedness, coping and response
- 1.c Individual, social and ecological resilience
- 1.d Governance and integrated strategies for adjustment and adaptation to global change

- 2.a Demographic change and its challenges for urban development
- 2.b Appropriate architecture – urban design for dynamic cities
- 2.c Identity in the built environment
- 2.d Revitalisation strategies for post-industrial landscapes and inner-city brownfields

- 3.a Sustainable use of scarce resources in urban and peri-urban environments
- 3.b Ecological principles for urban planning and design – green building
- 3.d Sustainable transportation in urban regions

- 4.a Interdependencies between temporal dimensions and spatial scales
- 4.b Scenario planning and backcasting: strengths and limits
- 4.c Human behaviour change: instruments, methods, surroundings
- 4.d New methods to tackle and reduce complexity: modelling, simulation and visualisation of people-environment interactions

- 5.a Communication and education for promoting public awareness of climate change
- 5.b Risk perception and strategic risk assessment

- 6.a Ecosystem health and human health
- 6.b Emerging infectious diseases: dealing with health risks in densely populated areas

The Scientific Committee invites submission of abstracts for contributions for (a) individual presentations to thematic sessions on one of the conference topics, (b) proposal for entire thematic sessions (chair and presentations), (c) poster sessions and (d) presentation at young researchers sessions with individual contributions from ongoing PhD work chaired by a senior colleague. Furthermore, in the conference programme round table discussions, network meetings and thematic excursions will be included. For more information on the conference theme, fees, venue, etc., please visit our conference homepage www.iaps2010.ufz.de

Deadline for abstract submission is **10 November 2009**. Please mention the conference topic/s (1.a – 6.b) to which your presentation wants to contribute. Authors will receive notification of acceptance by 13 January 2010. Please send your paper to

Prof. Dr. Sigrun Kabisch
e-mail: sigrun.kabisch@ufz.de

and

Dr. Hildegard Feldmann
e-mail: iaps@fu-confirm.de

Der Stellenwert der Professionen in der Gesellschaftstheorie

Tagung der Sektion Professionssoziologie der DGS, Frankfurt am Main,
7. und 8. Mai 2010

Für die Klassiker der Soziologie (z. B. Durkheim, Weber, Schütz) stellte die Beschäftigung mit Berufen einen integralen Bestandteil der Theoriebildung dar. Sie galten ihnen als zentrales Kennzeichen der modernen Gesellschaft und zugleich als Schlüsselphänomen für die theoretische Erfassung ihrer Strukturen. Dabei waren neben dem beruflichen Handeln und der beruflichen Organisation allgemein immer auch schon solche Aspekte von Bedeutung, die dann in modernen Konzeptionen der »Professionen« systematisiert werden sollten: insbesondere die zunehmende Bedeutung einer akademischen Wissensbasis für eine Reihe von Berufen sowie der Umstand, dass sich eine Reihe gesellschaftlich bedeutender Berufe nicht den großen Dualismen der damaligen Zeit – Kapitalismus/Sozialismus, Ökonomie/Bürokratie – zuordnen ließ.

Diese Entwicklung kulminierte in Gestalt von Parsons, dessen Interesse für die »akademischen Berufe« und insbesondere den Arztberuf den zentralen materialen Bezugspunkt seiner gesamten Theorieentwicklung bildete. Vorstellungen von Integration, Innovation, Differenzierung, Muster der Handlungsorientierung (die »pattern variables«), das Konzept der »societal community«, der Solidarität unter Fremden, ja selbst theoretische Modelle des Sozialisationsprozesses wurden mit Bezug auf Eigenschaften dieser Berufe entwickelt. Als »Professionen« ließen sich jetzt solche Berufe

bestimmen, die – um nur einige Kennzeichen zu nennen – für eine besondere, nicht in bloß technischer Wissensanwendung aufgehende Vermittlung von Theorie und Praxis stehen, deren Handlungsanforderungen auf die Bewältigung lebenspraktischer Probleme zielen und entsprechend sowohl spezifische wie auch »diffuse« Orientierungen erfordern.

Nach Parsons brach die integrale Verbindung von Professionssoziologie und Gesellschaftstheorie ab. Spätere Theorieangebote glaubten, weitgehend ohne einen entsprechenden Bezug auszukommen. So haben die Professionen in der Theoriearchitektur der Systemtheorie, der Theorie des kommunikativen Handelns, der Anerkennungstheorie, der Bourdieuschen Feldtheorie oder der Theorie der reflexiven Modernisierung keinen oder nur einen marginalen Stellenwert.

Worin mögen die Gründe für die gesellschaftstheoretische Vernachlässigung der Professionen in den aktuellen Theorieangeboten liegen? Dabei könnten folgende gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle spielen:

- Die angesprochenen Dualismen, vor deren Hintergrund die Professionen bei den Klassikern theorierelevante Bedeutung bekamen, stehen nicht mehr in dem Maße im Blickpunkt, die Gegensätze scheinen sich immer mehr zu verwischen. Beispiele sind eine »Ökonomisierung« weiterer Bereiche des Sozialen, ein Ausgreifen ehemals exklusiver Eigenschaften der Professionen (wie Kollegialität, geringer Bürokratisierungsgrad) auf immer mehr Berufsfelder, eine Ausdehnung der besonderen individuellen Bindung der Professionsangehörigen an den eigenen Beruf im Zuge von »Subjektivierung der Arbeit« und »Flexibilisierung« auf immer weitere Bereiche des Berufssystems.
- Seit den 1970er Jahren lässt sich eine zunehmende Kritik an den Professionen und Expertenberufen beobachten. Die ihnen zugeschriebene Entscheidungskompetenz wird zunehmend als Bevormundung der Laien wahrgenommen. »Klassische« Merkmale professioneller Organisationsformen wie die Inanspruchnahme einer professionellen Selbstkontrolle, die Abweisung von Außenkritik, die Verbindung von Wissenschaft und Berufspraxis, die Bildung professioneller Assoziationen werden primär als Phänomene der sozialen Schließung, der Statussicherung und der Intransparenz der Entscheidungsvorgänge kritisiert.

Falls vor diesem Hintergrund die Professionen auch in der soziologischen Theorie primär als ein (absterbendes) Phänomen sozialer Ungleichheit wahrgenommen werden, gerät jedoch die Bedeutung gerade

dieses Kreises von Berufen für zentrale gesellschaftliche Prozesse wie Innovation, Integration, Differenzierung aus dem Blick. Kehrseitig kommt dabei nicht in den Blick, dass gleichzeitig – im Sinne einer paradoxen Gegenbewegung – Fragen der Professionalisierung für immer mehr und immer neue Felder beruflichen Handelns virulent werden. Immer mehr soziale Prozesse, die sich vormals gewissermaßen »naturwüchsig« vollzogen, werden zum Gegenstand berufsförmiger Bearbeitung. Damit stellt sich auch die Frage der adäquaten Vermittlung von abstraktem Wissen und sozialer Praxis für eine wachsende Zahl von Handlungsfeldern.

Dem sinkenden Interesse der Gesellschaftstheorie an den Professionen steht eine gewisse Theorievergessenheit der Professionssoziologie gegenüber. Obwohl insbesondere im deutschsprachigen Raum in den 1980er/ 1990er Jahren anspruchsvolle professionssoziologische Modelle mit dezidiert gesellschaftstheoretischen Bezügen entwickelt wurden (Overmann, Stichweh, Schütze), tendierte die Forschung in der Folge eher in Richtung einer partiellen Weiterentwicklung der Modelle einerseits, einer Applikation dieser Modelle auf eine Vielzahl von beruflichen Feldern andererseits. Ungeachtet des erheblichen Ertrags der professionssoziologischen Forschungen sind die Bemühungen um eine Anknüpfung an gesellschaftstheoretische Entwürfe und vor allem auch um ihre Weiterführung jedoch eher begrenzt geblieben.

Ziel der geplanten Tagung ist es, einen Beitrag zur Behebung dieser doppelseitigen Defizite zu leisten: der professionssoziologischen Defizite der Gesellschaftstheorie wie der gesellschaftstheoretischen Defizite der Professionssoziologie. Entsprechend den vorstehenden Ausführungen ist die Bandbreite möglicher Vorträge groß. Willkommen sind sowohl theoretische wie auch empirische Beiträge mit einem gesellschaftstheoretischen Fokus. Sie sollten sich etwa folgenden Fragen widmen: Worin bestehen die »Lücken« welcher Gesellschaftstheorien, die ohne Bezug zu Professionen auszukommen versuchen? In welcher Weise verspricht eine professionssoziologische Perspektive hier eine Schärfung der theoretischen Analyse? Aber auch umgekehrt: In welcher Weise lassen sich die zentralen gesellschaftstheoretischen Themen adäquat auch ohne eine professionssoziologische Perspektive analysieren? Welche Aspekte aktueller gesellschaftlicher Entwicklung lassen sich professionssoziologisch in gesellschaftstheoretisch gehaltvoller Weise analysieren?

Weitere Informationen finden Sie unter www.professionssoziologie.de. Abstracts von ca. 1-2 Seiten werden bis zum **15. Dezember 2009** erbeten an:

PD Dr. Kai-Olaf Maiwald
K.Maiwald@em.uni-frankfurt.de

PD Dr. Thomas Kurtz
thomas.kurtz@uni-bielefeld.de

Improvisation, Spontaneität und Kreativität als Herausforderungen für die Kultursoziologie

Tagung der Sektion Kultursoziologie der DGS, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, 27. und 28. Mai 2010

Improvisation, Spontaneität und Kreativität sind Kompetenzen, die nicht nur in der Kunst, sondern auch im Alltag eine wichtige Rolle spielen. Wenn es zutrifft, dass jedes menschliche Handeln ein Potential für Improvisation und Kreativität enthält, dann müssten Improvisation, Kreativität oder die Gabe, zufällig glückliche und unerwartete Entdeckungen zu machen, Kernbegriffe soziologischen Denkens und handlungstheoretischer Überlegungen sein. Bei näherer Betrachtung der (kultur-)soziologischen Theoriebildung zeigt sich jedoch, dass das, was für die soziale Praxis von Relevanz ist, für die soziologische Theorie bis heute scheinbar irrelevant ist. Theoriegeschichtlich lassen sich u. a. zwar vom Symbolischen Interaktionismus inspirierte Praxis- und Kommunikationstheorien ausmachen, die – wie beispielsweise der handlungs- und erfahrungsorientierte Theorieansatz von Hans Joas, unterschiedliche Positionen in den Cultural Studies, Mertons Konzept der Serendipity oder poststrukturalistische Theorien performativer Praxis – verstärkt die »Kreativität des Handelns« als Ausdruck und Bewältigung der Folgen kulturellen und gesellschaftlichen Wandels in den Mittelpunkt stellen. Aber der Umgang mit dem Unvorhersehbaren, die Entstehung von Neuem und der Zufall sind Aspekte menschlichen Handelns, die in soziologischen Theorien, wenn überhaupt, bislang nur bei wenigen Autoren Berücksichtigung fanden.

Diese Leerstelle in der soziologischen Theoriebildung ist aber nicht der alleinige Grund dafür, den vorliegenden Theorien und Konzepten von Mead über Merton bis Popitz und Joas nachzugehen. Vielmehr geht es um den soziologischen Anspruch, beim Erklären und Verstehen sozialer Wirklichkeit nicht bei dem Verweis auf Zweck- oder Wertrationalität stehen zu bleiben, sondern sich theoretisch, methodisch und empirisch für die Auseinandersetzung mit dem sozialen Sinn der Phänomene Improvisation, Spontaneität und Kreativität zu öffnen.

Es geht dabei sowohl um die Auseinandersetzung mit Theorieansätzen, die bei der Grundfrage nach der »Kreativität des Handelns« ansetzen und dabei das spielerische Entwickeln von Neuem und das pragmatische Bewältigen von Unsicherheiten in den Blick nehmen, als auch um die Frage nach den typischen Themenfeldern, auf die sich soziologische Theorien des Kreativen und Improvisatorischen beziehen könnten. Neben unterschiedlichen kulturellen Feldern wie der Kunst, der Musik oder der populären Kultur, den Medien und der Werbung, kommen ästhetische, soziale und politische Bewegungen, oder die Auswirkungen institutioneller oder organisatorischer Transformationsprozesse in der Alltagswelt in Betracht.

Die Themen der Tagung können ihren Schwerpunkt im Bereich der Theorie, der Methodologie oder der Empirie haben. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Wie lassen sich die Phänomene Improvisation und Kreativität soziologisch fassen? Inwieweit kann, soll bzw. muss (sozial-)wissenschaftliches Handeln kreativ und/oder improvisatorisch sein? Wo, wann und warum kommen in welchen sozialen und kulturellen Prozessen Kreativität und Improvisation besonders zur Geltung? Ist die Moderne eine Kreativität fördernde (und Kreativität fördernde) Epoche? Wie können in kulturvergleichenden Studien die Begriffe Kreativität und Improvisation von Bedeutung sein? Inwiefern ist die Kreativität des Handelns selbst ein Auslöser von Improvisation und Spontaneität und wie wird diese sozial bewertet?

Beiträge bzw. Vortragsvorschläge mit einem Umfang von maximal zwei Seiten bitte bis zum **31. Dezember 2009** als Word- oder PDF-Datei einreichen an

PD Dr. Udo Göttlich
udo.goettlich@uni-due.de

apl. Prof. Dr. Ronald Kurt
ronald.kurt@uni-konstanz.de

Higher education and beyond – Inequalities regarding entrance to higher education and educational credentials

International Conference, Monte Verità, Ascona, Lago Maggiore, Switzerland, 4 – 9 July 2010

The Department of Sociology of Education, University of Berne and the Department of Sociology, Swiss Federal Institute of Technology Zürich (Switzerland) are holding an international conference in co-operation with the Centro Stefano Franscini (CSF).

Theme: This conference will focus on both the access to and the benefits of higher education for individuals and societies from a comparative perspective. Different higher education systems will be compared in terms of opportunities for access to higher education and its credentials. The conference is intended to identify ways to increase the number of university graduates and to take advantage of hitherto unused skill resources. It will also be aimed at the disclosure of policy measures to decrease educational inequalities in access to higher education. Another issue is the analysis of the consequences of political reforms of the higher education system on educational credentials (income, unemployment, etc.) from an economic and sociological perspective. The conference will focus particularly on the social mechanisms behind educational inequalities, the diversion of lower class students from university and differences in educational credentials. The main objectives of the conference are therefore linked to both sociological theory and social policy. The conference will centre around three key issues to be addressed through proposed contributions:

- (1) Inequalities regarding access to higher education.
- (2) Credentials of higher education.
- (3) Higher education and the economy.
- (4) Methods of analysis of educational transitions/selection problems.

Invited Speakers: Martin Abraham, Erszebet Bukodi, John Goldthorpe, Thomas Meyer, Walter Müller, Heike Solga, Stefan Wolter.

Format: The conference will take place over one week (Sunday evening to Friday noon). Participant numbers are not intended to exceed 60. All papers will be presented in plenary sessions. On Wednesday there will be an excursion around Lago Maggiore.

Contributions: We invite social scientists to contribute to the conference with a plenary presentation about 20 to 25 minutes long. Papers should

focus on one of the outlined topics regarding entrance to higher education and educational credentials. We would particularly like to invite papers that are based on longitudinal data (i.e. panel data or cumulated data) or contain cohort analyses. We would like to highlight the international character of this conference, and emphasise that papers from all over the world or cross-cultural comparisons are very welcome.

Papers: *Participants should apply for the conference by submitting their papers.* Your paper should cover key questions, theoretical issues, methods and some results. Please provide the following information for the author(s) who will attend the conference: family name, first name(s), email address, telephone and fax numbers (including country and area dialling codes), postal address (including postcode and country) and title/post/appointment. Please also indicate if the author is a PhD or postgraduate student.

The Deadline for handing in papers is **31 January 2010**. You will be informed whether your paper has been accepted or not by **28 February 2010**.

Grants and Subsidies: All participants will receive a subsidy of CHF 50 per night for conference accommodation at the Hotel Monte Verità. There will also be subsidies for travel expenses for all participants as well as grants for doctoral candidates. *Please note that eligibility for financial support depends on attendance at the entire conference from Sunday night to Friday noon.*

Venue: The conference will take place at the Monte Verità Conference Centre close to Lago Maggiore in Switzerland. All participants are invited to stay at the Hotel Monte Verità. To guarantee your place we advise you to book flights and accommodation early.

Organisers are Rolf Becker (University of Berne), Andreas Diekmann (ETH Zürich), Andreas Hadjar (University of Berne) and Ben Jann (ETH Zürich). Please send your papers, with an estimate of travel expenses, to Andreas Hadjar, who will be happy to answer your questions.

Dr Andreas Hadjar
Department of Sociology of Education
University of Berne
Muesmattstrasse 27
CH-3012 Berne, Switzerland.
andreas.hadjar@edu.unibe.ch

Tagungen

Kommunikationskultur – Theorie und Forschung

Tagung der Sektion Wissenssoziologie der DGS, Universität Bayreuth,
23. und 24. Oktober 2009

Kommunikatives Handeln durchdringt in vielfältigen Formen und Gattungen nahezu alle menschlichen Aktivitäten. Für Aufbau, Aufrechterhaltung und Umgestaltung menschlicher Sozialität spielt Kommunikation eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit. Kommunikatives Handeln begleitet und ermöglicht Tätigkeiten in einem breiten Spektrum. Das beginnt bei alltäglichen Situationen und reicht über Koordination und Kooperation in Organisationen sowie Erzeugung und Verbreitung von Wissen bis zur übergreifenden Ebene gesellschaftlicher Sinnstiftung. Diesem ausgreifenden Horizont entspricht ein ausgefächertes Spektrum kommunikativer Formen von Mimik und Gestik in der unmittelbaren Begegnung über Sprache und Gespräch bis hin zu kulturell verfestigten und technisch gestützten Medien und Symbolsystemen.

Im Zentrum der Tagung steht die wissens- und kultursoziologische Analyse der Formen kommunikativen Handelns. Weil Gesellschaften ohne Kommunikation schlicht unmöglich sind, bieten die Theorie kommunikativer Gattungen sowie die damit verbundenen empirischen Analysen kommunikativen Handelns einen privilegierten Zugriff für die Gesellschaftsanalyse. Verstärkt wird deren Relevanz durch den allgemeinen Zuwachs an Umfang, Intensität und Bedeutung von Kommunikation für die Gegenwartsgesellschaft. Die Tagung schließt damit ausdrücklich an die These der kommunikativen Konstruktion der Wirklichkeit an und zielt auf eine Debatte sowohl der Forschungen als auch der daraus hervorgehenden Theoriefortschritte auf diesem Gebiet. Im Mittelpunkt steht die Erfassung von Form und Gestalt sowie Kulturbedeutsamkeit kommunikativen Handelns in seinen zahlreichen Facetten. Dazu sind sowohl grundlagentheoretische wie gegen-

wartsdiagnostische, empirische, sozialtheoretische und methodologische Beiträge vorgesehen, die sich auf die skizzierte Theorielinie soziologischer Gattungsforschung beziehen. Damit sollen die bislang erzielten Fortschritte der phänomenologisch begründeten Kommunikationsforschung, Sozialtheorie und Gesellschaftsanalyse kritisch gewürdigt und deren gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben im Dialog mit alternativen Ansätzen diskutiert werden.

Lokaler Veranstalter der Tagung ist der Lehrstuhl für Kultur und Religionssoziologie an der Universität Bayreuth. Weitere Informationen und Anmeldung unter

www.soz.uni-bayreuth.de

Ästhetisierung des Sozialen in Geschichte und Gegenwart am Beispiel der visuellen Kulturen

Tagung der Sektion Kultursoziologie der DGS, Historisches Museum Hannover, 6. und 7. November 2009

Tagungsprogramm Freitag, 6.11.2009

Begrüßung durch Lutz Hieber und Stephan Moebius (10.00 Uhr)

Reklame und Avantgarden (10.15 – 13.00 Uhr)

- Ästhetisierung des Sozialen heute und in der »Wiener Moderne« um 1900 – Zur Auflösung und neuen Verfestigung sozialer Unterschiede (Katharina Scherke)
- Sozialgeschichte der Werbung (Lutz Hieber)
- Historische Avantgarde als Medienpioniere (Stephan Moebius)
- Image und visuelle Kultur (York Kautt)
- Subversive Ästhetik? Videos der Schweizer Protestbewegung um 1980 (Dominique Rudin)

Religion (14.30 – 15.30 Uhr)

- Die »Mysterienfeier« als Medium religiöser Inklusion: Veränderungen im Katholizismus angesichts funktionaler Differenzierung (Marc Breuer)
- Praktiken medialer Ästhetisierung: Katholizismus im Entertainmentformat (Kathrin Nieder)

Kunst (15.45 – 17.15 Uhr)

- »Genre« als Ästhetisierung des Sozialen. Das Niederländische Goldene Zeitalter (Dominik Fugger)
- Ästhetisierung des Sozialen im deutschen Vormärz: Carl Wilhelm Hübners sozialthematische Genremalerei (Lilian Landes)
- Die soziale Aneignung des Ästhetischen. Zur Denkmalkultur am Beispiel des Weimarer Doppelstandbilds (Maria Zens)

Mitgliederversammlung der Sektion Kultursoziologie der DGS (17.15 Uhr)

Tagungsprogramm Samstag, 7.11.2009*Kunst* (10.00 – 11.30 Uhr)

- Subjektstrategien und visuelle Kultur: Das Beispiel Film (Jörn Ahrens)
- Jenseits der Moderne? Die »symbolische Codierung« der Nationalehre im napoleonischen Europa am Beispiel des parlamentarischen Pantheons in London (Eveline Bouwers)
- Büros zwischen Disziplin und Design. Postfordistische Ästhetisierung der Arbeitswelt (Sophia Prinz)

Selbstinszenierung (11.45 – 15.00 Uhr)

- Bildentwürfe der Willensstärke. Der Glaube an das Individuum und die Ästhetisierung des Sozialen (Michael Müller)
- Graffiti versus abstrakte Malerei. Distinktionslogik und soziale Differenzierung im Kontext zeitgenössischer (Selbst-)Portraits (Andrea Gluser)
- Krisenmanager, Lifestylisten und Familienmenschen. Das Erscheinungsbild von Politikerinnen und Politikern als soziales Bekenntnis (Viola Hofmann)
- »Germany's Next Topmodel – by Heidi Klum« als Schule ästhetischen Auftretens (Bodo Lipp)

Museum (15.15 – 16.45 Uhr)

- Zeitgenössische Kunst, Alltagswissen und institutionelle Rahmung (Nina Tessa Zahner)
- Design-Vermittlung und Design-Repräsentanz im Prozess ästhetischer Transformationen der Gesellschaft (Ralf Rummel-Surcke)
- Irritation und Konfrontation. Zur Medialisierung und Musealisierung der 1968er Gegenkultur (Andreas Urban)

Aktuelle Themen / Film (17.00 – 18.00 Uhr)

- Inszenierungsformen von Jugend- und Musikkulturen am Beispiel des Musikdokumentarfilms (Carsten Heinze)
- Revolution? Über die Arbeit an der Geschichte durch Werbeästhetik (Michael Kauppert)

Nähere Informationen unter: www.aesthetisierung-des-sozialen.de

Education in Adulthood and the Labour Market

International Workshop, Institute for Employment Research (IAB),
Nuremberg, 6 to 7 November 2009

In today's knowledge societies, education is not limited to initial schooling and training in youth anymore. Rather, learning is now considered a lifelong process, necessary to guarantee long-term employability, flexibility and adjustment to rapidly changing workplace requirements. While the growing importance of educational activities in adulthood is undisputed, theoretical and empirical contributions on their changing relevance and relationship to employment careers are just at a starting point. Thus the conference will strive to present current international research on education and training subsequent to initial training and their relationship with the labour market from both a sociological and an economics perspective.

Keynote speakers will be Rolf Becker (University of Bern) and Peter Fredriksson (Institute for Labour Market Policy Evaluation, Uppsala). For further information please send an E-Mail to Educ2009@iab.de.

Grenzziehungen – Grenzverschiebungen. Feministische Perspektiven auf demographische Behauptungen

Jahrestagung der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der DGS, Bad Orb, 13. und 14. November 2009

In aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatten, in der Politik und den Medien wird die Vorstellung von einem »demographischen Wandel« geweckt, der als bedeutsames Phänomen der Gegenwart die entsprechende wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit erfordere. Die Debatten fokussieren auf Konstrukte von Geburtenraten, Alterungsprozessen und Lebenserwartungen, wobei in den Industrienationen die Beobachtung auf den vermeintlichen Wandel bürgerlicher Familienstrukturen und Lebensformen gelenkt und dies als Folge der gestiegenen Frauenerwerbsbeteiligung und gewachsener Gleichheitswünsche von Frauen gedeutet wird. Zugleich müsse ein Verlust von Errungenschaften der Moderne wie etwa der wohlfahrtsstaatlichen Systeme sozialer Sicherung hingenommen werden und anstelle dessen ein Mehr an Selbstverantwortung treten. Staatliche Regulierungsfunktionen bei der Bevölkerungsentwicklung werden mit der Steuerung regionaler Wanderungsbewegungen (verhandelt unter den Stichworten: »Entleerung ländlicher Räume« und »zunehmende Verstädterung«) wie auch globaler Migrationsprozesse legitimiert. Die Orientierung an den so genannten modernen Gesellschaften und ihre Abgrenzung zu anderen Teilen der Welt weist auf die Einbettung der Diagnosen in ein postkoloniales Szenario hin.

Aus einer feministischen Perspektive stellt sich die Frage, welche machtvollen und gewaltförmigen Grenzziehungen in diesen Behauptungen am Werke sind. Damit verbunden sind zugleich potenzielle Grenzverschiebungen, die feministische Analysen und Perspektiven auf den so genannten demographischen Wandel eröffnen. Dabei ist nicht nur die Geschlechterperspektive von Relevanz, sondern ihr Zusammenspiel mit heteronormativen, klassenspezifischen und eurozentristisch-weißen Vorstellungen – als normative Folie, die nicht nur zur Bewertung, sondern überhaupt erst zur Wahrnehmung des diagnostizierten demographischen Wandels herangezogen wird. Vor diesem Hintergrund bietet die Jahrestagung 2009 der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der DGS ein Forum, Behauptungen eines demographischen Wandels auf ihre Voraussetzungen hin zu betrachten und mit kritischen Perspektiven und Forschungsergebnissen zu

konfrontieren: Wie lässt sich der behauptete demographische Wandel aus Sicht der Frauen- und Geschlechterforschung analysieren? Welche geschlechtertheoretisch relevanten Ausgangspunkte könnten in der Auseinandersetzung mit dieser Behauptung aufgegriffen und gegebenenfalls weiterentwickelt werden?

Die Tagungsgebühr inkl. Übernachtung und Verpflegung beträgt 150 EUR – zu entrichten bei Ankunft vor Ort. Für Studierende, Geringverdienende und Erwerbslose stellt die Sektion einen kleinen Fonds zur Verfügung, aus dem eine finanzielle Unterstützung für die Tagungskosten beantragt werden kann. Die Mittel werden gleichmäßig verteilt – Anfragen sollten spätestens mit der Anmeldung zusammen eingehen. Anmeldungen bitte an:

Meherangis Bürkle
Sekretariat Frau Prof. Löw
Technische Universität Darmstadt
Institut für Soziologie, Residenzschloss
64283 Darmstadt

buerkle@ifs.tu-darmstadt.de

Hermann Schwengel **Ein dritter Weg für die Universität**

Der gegenwärtige Kulturkampf um Bologna verdeckt, dass sich in Wissenschaft und Universität in den letzten Jahren fünf große Revision vollzogen haben, die in ihrer Summe weit über das Programm des Bologna-Prozesses hinausgehen: die Umstellung auf BA/MA, der Einzug unternehmerischer Führungsstrukturen an den Universitäten, zwischenuniversitären Wettbewerb fördernde Exzellenzinitiativen, zunehmende Internationalisierung von Forschung und Lehre sowie die Einführung von Studiengebühren. Die jeweiligen Diskurse wurden oft aggressiv geführt, führten aber selten weiter. Es ist nun an der Zeit, nach einem dritten Weg zu suchen, der aus der Falle zwischen offensiven und defensiven Reformbestrebungen hinausweist. Der Beitrag skizziert die zentrale Rolle, die die Sozial- und Geisteswissenschaften bei dieser Vermittlung spielen können.

The actual *Kulturkampf* concerning Bologna hides five major revisions that have taken place in sciences and universities during the past years and which altogether exceed the agenda of the Bologna process. These are the change to BA/MA, the introduction of management structures at the universities, the excellence initiatives that encourage competition among universities, growing internationalisation of research and teaching, and the implementation of tuition fees. The corresponding debates have often been held aggressively but mostly without carrying these thoughts forward. Now it is time to look for a third way beyond offensive and defensive reform strategies. The contribution delineates the central role that social sciences as well as humanities can play in this process.

Stephan Lessenich, Frank Kalter und Christine Resch **E-Mail-Debatte: Kann Soziologie kritisieren?**

Kann die Soziologie als Wissenschaft kritisieren? Hat die Soziologie ihre Kritik auf die Gesellschaft zu richten oder an sich selbst zu adressieren? Stephan Lessenich, Frank Kalter und Christine Resch tragen mit ihren Interpretationen von Kritik in der Soziologie zur aktuellen E-Mail-Debatte bei.

Is sociology as a science able to criticise? Does sociology have to focus its critique on society or is critique to be addressed to sociology itself? With their different interpretations of critique Stephan Lessenich, Frank Kalter and Christine Resch contribute to the latest e-mail debate.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.

Aktuelle Neuerscheinungen

Christian von Scheve
Emotionen und soziale Strukturen
Die affektiven Grundlagen sozialer Ordnung

2009. 389 Seiten. € 34,90
ISBN 978-3-593-38911-0

Emotionen sind nicht nur Ausdruck von Individualität, sondern auch der gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Rückgriff auf neurowissenschaftliche, psychologische und soziologische Emotionstheorien weist Christian von Scheve die tiefgreifende soziale Strukturierung von Affekten und Emotionen nach, zeigt den Einfluss von Gefühlen auf das soziale Handeln und analysiert die Regulation und soziale Kontrolle von Emotionen.

Sandra Seubert
Das Konzept des Sozialkapitals
Eine demokratietheoretische Analyse

2009. 282 Seiten. € 32,90
ISBN 978-3-593-39048-2

Sozialkapital ist im Zusammenhang mit der Frage nach den Grundlagen einer lebendigen Bürgergesellschaft in das Zentrum demokratietheoretischer Diskussionen gerückt. Insofern Sozialkapital mit dem Vermögen zu sozialer Kooperation verbunden wird, soll es gesellschaftliche Integration fördern. Unter welchen Bedingungen aber kann es auch zur Absonderung von Individuen und sozialen Gruppen führen und soziale Ungleichheit verstärken?

Stefan Luft
Staat und Migration
Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration

2009. 417 Seiten. € 45,-
ISBN 978-3-593-38888-5

Anders als klassische Einwanderungsländer steuerte die Bundesrepublik die Zuwanderung nicht nach Kriterien der Qualifikation. Dies führte zur Konzentration ethnischer Gruppen in Großstädten, meist in den ärmeren Stadtteilen. Stefan Luft sieht darin die Hauptursache für die unzureichende Integration der Migranten und plädiert für einen migrationspolitischen Realismus – jenseits von Skandalisierung und Multikulturalismus.

Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus

Frankfurt · New York

Interdisziplinäre Stadtforschung



2009. 295 Seiten. Band 3. € 34,90
ISBN 978-3-593-38897-7



2009. Ca. 240 Seiten. Band 4. Ca. € 32,90
ISBN 978-3-593-38861-8

Wiens Ruf als Kulturstadt und als »Weltstadt der Musik« geht auf ein besonderes Flair in Lebensstil, Ästhetik und Alltagskultur zurück. Wie und wodurch ist dieses Bild, das in- und außerhalb Wiens gleichermaßen gepflegt wird, entstanden? Lutz Musner zieht unter anderem Stadtführer, Werbung, Architekturkontroversen, literarische Texte und ortstypische Alltagspraktiken wie die sprichwörtliche »Wiener Gemütlichkeit« heran, um zu zeigen, wie Traditionen und ästhetische Codierungen die Herausbildung eines ungewöhnlich resistenten Selbst- und Fremdbildes der Stadt beeinflusst haben.

Rostock und Bremerhaven sind zwei Städte, die über ihre Häfen mit der ganzen Welt vernetzt sind. Doch während es Rostock heute gelingt, sich als eine ebenso traditions- wie erfolgreiche Stadt in Szene zu setzen, herrscht in der Stadt an der Weser Krisenstimmung. Die Autorinnen und Autoren dieses Buches analysieren und vergleichen die lokalen Besonderheiten und damit die »Eigenlogik« der beiden Hafenstädte in Ost und West. Sie weisen nach, dass die Selbst- und Fremdbilder der beiden Städte ebenso stark variieren wie die jeweiligen Versuche, Lösungen für auftretende Probleme zu finden.

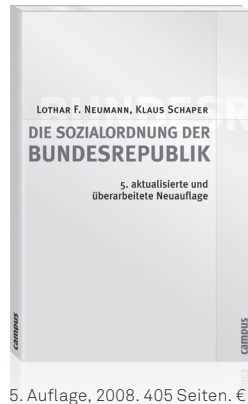
Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus
Frankfurt · New York

Lehr- und Studienbücher



2008. 484 Seiten. € 25,90
ISBN 978-3-593-38588-4



5. Auflage, 2008. 405 Seiten. € 19,90
ISBN 978-3-593-38606-5

Auch in den modernen westlichen Gesellschaften treten immer wieder neue Formen der Privilegierung und Benachteiligung auf, die zur Reproduktion von Ungleichheit beitragen. Das Lehrbuch bietet eine Einführung in Grundbegriffe der Sozialstruktur und Theorien der Herausbildung sozialer Klassen und Schichten. Es zeigt die sozialhistorischen Voraussetzungen und Tendenzen der demografischen Entwicklung Österreichs seit Anfang des 20. Jahrhunderts und liefert eine empirische Analyse der Sozialstruktur sowie der Bildungs-, Berufs- und Einkommenschancen im heutigen Österreich.

Der Sozialstaat in Deutschland veränderte im letzten Jahrzehnt sein Gesicht sehr einschneidend. Die aktualisierte Neuauflage des Standardwerkes vermittelt einen detaillierten Überblick über die Situation der zentralen Institutionen des Sozialstaats in Deutschland. Aus dem Inhalt: Die Soziale Frage im 19. und der Ausbau der Sozialordnung im 20. Jahrhundert · Die Systeme der Sozialversicherung und der sozialen Grundversicherung · Kommunale Sozialpolitik, Wohlfahrtsverbände, soziale Dienste und Selbsthilfe · Sozialpolitik in der EU · Die Zukunft des Sozialstaats

Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus

Frankfurt · New York

Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung

Fritz W. Scharpf
Föderalismusreform
Kein Ausweg aus der
Politikverflechtungs-
falle?

2009. 174 Seiten
€ 24,90. Band 64
ISBN 978-3-593-38901-1

Die Föderalismusreform sollte die Handlungsfähigkeit der Politik in Bund und Ländern verbessern. Ihr Ergebnis bleibt jedoch weit hinter dem Nötigen und Möglichen zurück. Denn nach wie vor erschwert die im Grundgesetz angelegte Verflechtung zwischen Bund und Ländern die nötige Reform. Fritz W. Scharpf beschreibt, wie es zu dieser Politikverflechtung kam, zeigt deren negative Auswirkungen und erörtert Lösungskonzepte.

Renate Mayntz
Über Governance
Institutionen und
Prozesse politischer
Regelung

2009. 171 Seiten
€ 24,90. Band 62
ISBN 978-3-593-38892-2

Politische Steuerung und Governance sind zentrale Themen in der Arbeit von Renate Mayntz. Die hier versammelten, teilweise unveröffentlichten Aufsätze beleuchten die Entwicklung, die wesentlichen Merkmale und die Unterschiede zwischen diesen beiden Paradigmen. Es geht dabei sowohl um Probleme der Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten als auch um Fragen von Governance in politischen Mehrebenensystemen.

Christine Trampusch
**Der erschöpfte
Sozialstaat**
Transformation
eines Politikfeldes

2009. 268 Seiten
€ 32,90. Band 66
ISBN 978-3-593-38907-3

Seit Mitte der 1990er Jahre unterliegt die Sozialpolitik einem radikalen Strukturwandel. Was sind die Gründe für die Transformation dieses einst so stabilen Politikfeldes? Christine Trampusch zeichnet die Entwicklung des deutschen Sozialstaates anhand der Arbeitsmarkt und Rentenpolitik nach. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Ursachen im Politikfeld selbst liegen: Der Sozialstaat ist erschöpft.

Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus

Frankfurt · New York